

erscheint  
an allen Verkäufen.

Bezugspreis monatl. 30 Gr.  
bei der Geschäftsstelle 3.50  
in den Ausgabestellen 3.70  
durch Zeitungsboten 3.80  
durch die Post 3.50  
auschl. Postgebühren  
ins Ausland 6 Gr.  
in deutscher Währg. 5 R.M.

Fernsprecher 6105. 6275.  
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

# Posener Tageblatt

(Posener Worte)

Postcheckkonto für Polen  
Nr. 200 288 in Polen.Postcheckkonto für Deutschland  
Nr. 6184 in Breslau.Anzeigenpreis: Zeitzeile (28 mm breit) 45 Gr.  
für die Millimeterzeile im Anzeigen Teil 15 Groschen  
Sonderplus 50% mehr. Reklamezeile (90 mm breit) 135 gr.mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild.“  
Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher  
keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

## Die Berichtigung der PAT.

Die Wahrheit lebt am Ende doch. — Der „Kurier Poznański“ hat nicht recht. — Deutschland wird keine Optanten ausweisen, falls Polen dies nicht zu tun gedenkt.

Die Polnische Telegraphenagentur (PAT) veröffentlicht folgendes:

Warschau, 26. Januar. Die deutsche Gesandtschaft in Warschau teilt uns folgendes mit:

„Die Polnische Telegraphenagentur hat in den letzten Tagen eine Mitteilung der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht, welche sich mit der Frage beschäftigt, in welcher Weise für die Deutschen, die im Sinne der Wiener Konvention gezwungen sein werden, Polen zu verlassen, Arbeitsmöglichkeiten und Wohnungen zu beschaffen wären. Die deutsche Gesandtschaft ist zu der Erklärung ermächtigt, daß die Ansichten, die in der obigen Notiz der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ ausgedrückt sind, in nichts den Ansichten der deutschen Regierung entsprechen. Die deutsche Regierung hat nicht die Absicht, irgend welche Ausweisungen unter dem Vorwande der Durchführung der Wiener Konvention zu versügen. Aus diesem Grunde sind auch die Nachrichten von schon vollzogenen Ausweisungen unwahr.“

Die PAT fügt hinzu: „Die durch uns gebrachte Mitteilung der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“, an welche die deutsche Gesandtschaft anknüpft, enthält eine Mitteilung des Polizeipräsidiums in Königsberg vom 25. Dezember 1924. Aus der Erklärung der deutschen Gesandtschaft in Warschau ist ersichtlich, daß die deutsche Regierung sich mit dieser Mitteilung nicht identifiziert.“

Jeder Leser unserer Zeitung wird sich auf die Bekleidungsartikel des „Kurier Poznański“ gegen den deutschen Generalkonsul von Polen deutlich besinnen können. Es ist nunmehr die Tatsache festgestellt, daß die erste Meldung der PAT in einem falschen Sinn verstanden worden ist. Die Berichtigung, die der „Kurier Poznański“ bringen sollte, und die zu bringen er sich ganz entschieden geweckt hat, ja noch mehr, die er als Grund zu einem seiner berühmten Schimpfformone nahm, ist nunmehr von der Polnischen Telegraphenagentur (PAT) gebracht worden. Die Berichtigung, das sei noch einmal mit aller Deutlichkeit betont, ist genau dieselbe Berichtigung, die der deutsche Generalkonsul vom „Kurier Poznański“ verlangt hat, und die dieses Blatt zu bringen sich weigerte.

Dies sei hier zunächst festgestellt. Weiterhin aber ist die Tatsache lehrreich, daß Deutschland nicht die Absicht hat, Ausweisungen von Optanten vorgunehmen, wie das bekanntlich der deutschen Regierung unverschoben worden ist. Es ist auch nicht wahr, daß Deutschland bereits Ausweisungen vorgenommen hat, wie das im „Kurier Poznański“ so laut verkündet worden ist. Deutschland hat nicht die Absicht und das Interesse, seine Optanten polnischer Nationalität auszuweisen, obwohl die Zahl in Deutschland erheblich größer ist, als dies in Polen der Fall ist. Die deutsche Regierung hat die kluge Meinung, daß es besser ist, eine so große Völkerwanderung nicht zu inszenieren, weil damit dem friedlichen Zusammenarbeiten der beiden Nachbarn nur Schaden zugefügt werden kann und weil sie höchst überflüssig ist. Freilich hat daran der „Kurier Poznański“ kein Interesse. Er erstrebt die Vergiftung der Atmosphäre und verlangt, obwohl bekanntlich die Wiener Konvention auf Gegenseitigkeit in der Optantenfrage abgeschlossen worden ist, die Ausweisung der deutschen Optanten aus Polen, während er in einer grobe Heze verfällt, wenn die gleiche Maßnahme, die Deutschland aufsteht, auch angewendet würde. Der Spruch von dem „Auge um Auge“ ist nur so gemeint, daß immer das andere Auge herausgerissen werden darf, während das eigene hübsch gesichert bleibt. Die Politik „Auge um Auge“ ist eine Politik, wie sie zivilisierten Menschen nicht kommt, wie sie vor allem den christlich empfindenden Menschen nicht in die Seele wachsen soll.

Wir sind voller Erwartung, ob der „Kurier Poznański“ nunmehr diese Berichtigung so bringen wird, daß die Unmähigkeit seiner ersten Meldung deutlich erkennbar wird. Vermöglich befolgt dieses Blatt eine andere Methode, Berichtigungen werden meist dann an einer Stelle gebracht, wo sie kein Mensch mehr beachtet. Ob der „Kurier“ diesmal von dem Bruch abgehen wird, das werden wir in den nächsten zwei Tagen zu sehen bekommen.

Wir glauben annehmen zu müssen, daß diese Berichtigung der PAT bei den „Völkerrechtshern“ des „Kurier“ ein ganz bedenkliches Waseln des Kopfes hervorruft wird, denn die These, die dieses Blatt propagierte, hat durch diese Veröffentlichung der PAT, jener amtlichen Telegraphenagentur der polnischen Regierung, einen gewaltigen Stoß erhalten. Herr Skirmunt in London hat bereits die These des „Kurier“ Lügen gestraft, indem er sich ohne Inanspruchnahme der Regierung an eine Zeitung mit einer Berichtigung wandte, und der deutsche Gesandte in Warschau, Herr Rauchschär, hat zum zweiten Male bewiesen, daß die Kurier-Theorie nicht den wirtschaftlichen Formen entspricht. Der ganze Fall ist also für den „Kurier“ sehr peinlich, denn er stellt sich in der weitesten Offenlichkeit bloß, weil nunmehr der Nachweis geführt wird, daß die erste Meldung unwahr gewesen ist. Der „Kurier“ hat diese Meldung groß aufgemacht seinen Lesern vorgesetzt, um neuen Haß zu säen, um wieder ein Thema anzuspielen, welches seit Jahren von ihm beliebt wird.

Es wird ihm aber nichts anderes übrig bleiben, als diese Berichtigung zu bringen, wenn er als Blatt nicht ganz und gar vor der öffentlichen Meinung den Vorwurf der Unmähigkeit hinnehmen will. Angunehmen ist alles — doch der Erfolg wird sicherlich nicht auf sich warten lassen.

Postcheckkonto für Polen

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild.“

## Organisationsfragen des britischen Reiches.

Über diese die ganze Weltpolitik beeinflussenden Fragen bietet die „Neue Zürcher Zeitung“ folgende klare Darstellung. Sie schreibt: Wie die britische Regierung in der auswärtigen Politik und in allgemeinen Reichangelegenheiten im Einklang mit den Dominions handeln soll, ist eine Frage, die die politischen Kreise immer wieder bewegt, ohne daß sie bis jetzt befriedigend hätte gelöst werden können. Das Mittel des telegraphischen Meinungsaustausches reicht nicht aus, und mündliche Verständigung ist in den seltensten Fällen möglich, da schon die Hin- und Rückreise etwa der australischen und neuseeländischen Delegierten Monate beansprucht. Außerdem sind Minister, die Reichsbeschlüsse mit genügender Autorität in den Dominions vertreten könnten, meistens durch Bedürfnisse der inneren Politik an ihre Hauptstädte gebunden. So geschieht es, daß allein die Vorverhandlungen über die Einberufung einer außerordentlichen Reichskonferenz ein halbes Jahr dauern, um schließlich negativ auszulaufen.

Mac Donald hat versucht, die Frage einer prinzipiellen Lösung entgegenzuführen. Der Labour-Premier hat im Juni des vergangenen Jahres das Problem gestellt. In einer Circulardepeche an die Dominions wies er darauf hin, daß die bestehende Praxis mit zwei Hauptmängeln behaftet sei. Erstens sei schnelles Handeln, besonders zwischen den ordentlichen Reichskonferenzen, in dringenden Fällen, namentlich auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, sehr schwierig. Zweitens könnten Reichsbeschlüsse über Angelegenheiten, die Gegenstand politischer Meinungsverschiedenheiten sind, durch einen Regierungswechsel umgestoßen werden. Das führt dazu, daß die Möglichkeit der Reichskonferenzen überhaupt in Frage gezogen werde. Mac Donald war sich über die Abhilfsmittel nicht im Klaren. Er machte einige Anregungen, die ihn selber nicht überzeugten, und hat die Dominions um ihre Meinung. Dadurch wurde freilich die Elastizität der Konferenz beeinträchtigt. Der Premier machte einen bestimmten Vorschlag: eine Konferenz, bei der jedes Land durch zwei Delegierte vertreten wäre, sollte das Problem prüfen und einen Bericht ausarbeiten, der die Grundlage für die weitere Diskussion abgeben würde. Mac Donald fragte, ob die Dominions damit einverstanden wären und ob die Konferenz im Oktober stattfinden könnte.

Der Schriftwechsel über diese Anfrage zog sich bis in den Herbst hinein. Was die Form betrifft, so sei übrigens bemerkt, daß der Verkehr der Zentrale auch mit den Dominions über das Kolonialamt geht. Die Depeche der britischen Regierung vom 23. Juni ist von dem damaligen Kolonialstaatssekretär Thomas unterzeichnet und an die Generalgouverneure von Kanada, Australien, Neuseeland, der Südafrikanischen Union und an den Gouverneur von Neufundland gerichtet. Zwei Tage später wurde eine Abchrist an den Generalgouverneur des Irischen Freistaates gesandt.

Die erste Antwort kam von Neuseeland, daß sich mit der Einsetzung einer kleinen Prüfungskommission einverstanden erklärt, die nicht notwendig aus Politikern bestehen müsse. Neufundland und Irland waren ebenfalls zu einer Konferenz bereit. Am 18. August mußte der Kolonialstaatssekretär mitteilen, daß sie nicht vor November abgehalten werden könnten. Südafrika antwortete am 21. August, es könnte im laufenden Jahre eine Konferenz nicht beschließen, von der es sich übrigens keine Vorteile versprach. General Herzog ließ sich jedoch von Herrn Thomas, der damals mit einigen englischen Abgeordneten Südafrika besuchte, umstimmen und am 5. September dementprechend nach London berichten, wobei er als Datum den Februar 1926 vorschlug, aber auch mit Ende November fürstlich nehmen wollte. Kanada zeigte sich gegenüber dem Vorschlag der Reichsregierung sehr skeptisch, lehnte indessen die Beteiligung an der Konferenz nicht ab. Australien war ebenfalls einer prinzipiellen Änderung des Verfahrens abhold, nahm sich aber die Mühe, eine Reihe wohlüberdachter Verbesserungen anzurufen, die den einzigen Gewinn aus diesem Schriftwechsel darstellen.

Die australische Regierung denkt in erster Linie an engere Beziehungen zwischen dem Auswärtigen Amt und den Regierungen der Dominions. In den Amtern der Oberkommissare (der Vertreter der Dominions in London) sollen Abteilungen für Auswärtiges eingerichtet werden; diese würden von Beamten geleitet werden, die das Vertrauen des Auswärtigen Amtes genossen. Ihre Aufgabe wäre es, die Premiers über laufende Angelegenheiten und die augenpolitische Atmosphäre zu unterrichten, so daß die Ministerpräsidenten genauer informiert würden, als es jetzt durch Depechen und gelegentliche Mitteilungen des Auswärtigen Amtes geschieht. Außerdem wünscht Australien ausschließliche und regelmäßige (telegraphische und briefliche) Berichte über auswärtige Angelegenheiten an die Premiers der Dominions. Ferner sollte die britische Regierung darauf bedacht sein, die Fragen vorauszusehen, die sich ergeben und rasche Entscheidung fordern können, und sich der Ansicht der Dominions zu versichern, „statt sie über Entschlüsse zu unterrichten, nachdem diese gefasst sind und danach gehandelt werden, oder wenn es zu spät ist, Nachrichten über ein anderes Vorgehen zu verbreiten.“ Das bezieht sich auf die auswärtige Politik. Was die anderen Fragen betrifft, so regt

Australien die Schaffung eines ständigen Reichssekretariats an, das den Premier alle selbstregierenden Teile des Reichs verantwortlich wäre. Es hätte die Reichskonferenz vorzubereiten, die gesamte Sekretariatsarbeit während der Konferenzen auszuführen, alle Resolutionen und Beschlüsse zu verfolgen und die Dominions über die Entwicklung auf dem laufenden zu halten. Das Sekretariat würde nicht nur ein Verbindungsglied zwischen Dominions und Reichsregierung, sondern auch zwischen den Regierungen der einzelnen Dominions darstellen. Bisher pflegte das Sekretariat die Reichskonferenz nicht zu überleben.

Die australische Regierung lehnte sämtliche Anregungen der Reichsregierung ab, war auch nicht für eine Prüfungskommission zu haben und erinnerte daran, daß die letzte Reichskonferenz einstimmig die Ansicht vertrat, es sei am besten, die Lösung des Problems der allmählichen Entwicklung zu überlassen. Später hat Australien seine Haltung modifiziert und erklärt, daß es eine Kommission beschließen würde, wenn deren Bericht unverbindlich sei, und wenn alle andern Regierungen sie wünschten. Am 26. September schlug dann die kanadische Regierung Verschiebung der Konferenz auf unbestimmte Zeit und Weiterbehandlung der Frage auf schriftlichem Wege vor. Am 13. Oktober teilte der Kolonialstaatssekretär mit, daß er im Unterhaus auf eine Anfrage geantwortet habe, die Festsetzung eines Datums sei unter den obwaltenden Umständen (Niederlage der Labourregierung und Neuwahlen) nicht möglich.

Der Personalwechsel endet mit einer Depesche des neuen Kolonialstaatssekretärs Amer. der am 2. Dezember sich gegen die Einsetzung einer Prüfungskommission ausspricht. Und damit es an der ironischen Parallelität der Ereignisse nicht fehle, weist Herr Amer. auf die Notwendigkeit einer außerordentlichen Reichskonferenz zur Besprechung des Generalkonsuls hin. Man weiß, daß die Dominions diese Konferenz ablehnt haben, weil die verschiedenen Regierungen ihre Premiers oder andere angesehene Minister während der Sessione ihrer Parlamente nicht entbehren können. Das schließt nicht aus, daß an der nächsten ordentlichen Reichskonferenz die Vorschläge der australischen Regierung zum Beschluß erhoben werden. Wie dringend man das Bedürfnis nach einer Verbesserung der jetzigen losen Reichsmaschine empfindet, geht aus der Bemerkung der "Times" hervor, die meint, die Nichtlösung dieses Problems würde „fraglos das Ende des Britischen Reiches bedeuten.“

## Also doch?

### Die Optanten in Polen nach dem „Kurjer Poznański“.

Der „Kurjer Poznański“ berichtet zur Optantenfrage folgendes: „Im Sinne der deutsch-polnischen Wiener Konvention vom 30. August 1924 haben die Optanten mit dem 1. d. Ms. begonnen, den deutschen Optanten die Mahnung auszustellen, daß sie bis zum 1. August bzw. 1. November d. J., spätestens aber bis zum 1. Juli 1926 die Grenzen Polens verlassen müssen. Im Sinne des Artikels 12 der Konvention wird die Mehrzahl der Optanten die Grenzen Polens spätestens bis zum 1. August verlassen müssen. Ausnahmsweise haben nur diejenigen, die Besitzer von Grundstücken sind, eine verlängerte Frist bis zum 1. Juli 1926. Wenn sie aber in der Grenzzone oder einem Festungsbezirk wohnen, müssen sie Polen spätestens bis zum 1. November d. J. unbedingt verlassen. Als Antwort auf viele Mahnungen wird fast jeder Optant die Zurückziehung und Ungültigmachung seiner Option beantragen, indem er dies in dem Sinne der Ausführungen der „Deutschen Rundschau“, die die Kritik nicht aushalten, mit „Willensgebrechen“ begründet wird, das darauf beruhe soll, daß der Optant nicht wußte, ob seine Option ihn zum Verlassen Polens zwingen werde. Zu diesem „Willensgebrechen“ ist zu bemerken, daß nach der polnischen Gesetzgebung, aber auch im Sinne der allgemeinen Rechtsbegriffe ein Amt des Willens nicht durch seine ungünstigen Folgen ungültig gemacht werden kann.“

Polen ist bekanntlich ein Festungsbezirk, und die Polener Optanten für Deutschland werden ihren Wohnsitz spätestens bis zum 1. November d. J. nach Deutschland verlegen müssen. Unseres Wissens nach erlangt Polen dadurch ungefähr 80 Optantenwohnungen.

Im ganzen werben ungefähr 35 000 Personen Großpolen und Pommern spätestens bis zum 1. Juli 1926 verlassen. Stattdessen werden ungefähr 8000 unserer Optanten, vorwiegend aus Westfalen, ins Vaterland zurückkehren.

Schon heute muß man an den Empfang unserer zurückkehrenden Volksgenossen denken, um ihnen ein Dach über dem Kopf und eine Arbeitsstätte zu sichern. Im Sejm ist denn auch ein Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten des Nationalen Volksverbandes eingeholt worden, der die Regierung auffordert, ein Programm auszuarbeiten für den Empfang der zurückkehrenden Optanten, mit welcher Angelegenheit sich auch der Westmarkenverband energisch befassen wird.“

Wir gedenken den Bericht des „Kurjer“ wieder, der durchaus falsch ist und auf der anderen Seite wieder allerlei Blöcke verrät. Zunächst einmal stimmt die Zahl der Optanten nicht. In Deutschland haben etwa 41 000 Bürger polnischer Nationalität optiert (nicht nur 8000), in Polen etwa 35 000 Seelen. Über die Bahnen der Optanten aus dem Ruhrgebiet in Höhe von 8000 Seelen können wir nicht entscheiden. Bekanntlich haben aber nicht nur im Ruhrgebiet Polen optiert, sondern auch im übrigen Deutschland, beiderseits in Oberschlesien, Masuren usw. Diese polnischen Optanten sind zum großen Teil Besitzer von Grund und Boden, und sie werden ihre Scholle nur ungern verlassen, da für sie sofort in Polen keine Existenzmöglichkeit besteht. Wenn die polnischen Statisten wirklich bereits mit den Aufforderungen, die deutschen Optanten auszuweisen, begonnen haben sollten, so wird die Volkerwanderung nach der Wiener Konvention beginnen, und wir glauben, daß dann Polen bestimmt nicht besser fahren wird — eher schlechter.

Doch der Westmarkenverband sich bereits zum Empfang vorbereitet, das ist ja recht hübsch. Bleibt also wieder die Möglichkeit, offen Propaganda zu betreiben, um die Vereinfassungen aufzufüllen. Auch der „Kurjer“ bereitet sich vor zum Empfang. Wir sind der Ansicht, daß man den polnischen Optanten aus Deutschland weniger einen Empfang und Feierlichkeiten bereiten sollte, als ihnen die Möglichkeit an die Hand zu geben, hier von neuem Brot und Arbeit zu erhalten.

Die neue Heckwelle flutet über Polen hinweg. Der „Kurjer Poznański“ und diese Politik, sie hat den polnischen Staat schon ungezählte Millionen Mark gekostet. Und es ist immer noch nicht genug. Die Targowica-Leute sind an der Arbeit. Die Wühlmäuse arbeiten unter dem Staatsgebäude, und während bereits der Sand zu rieseln beginnt, der das Vorzeichen eines Unglücks ist, sieht die Bevölkerung nicht das drohende Unglück.

Wo ist der Maurer, der die Lücken mit Beton vergießt? Wo ist der Hammerjäger, der die Mäuse aus dem Hause jagt?

## Die polnische Einwanderungsquote für Amerika.

Über die polnische Einwanderung nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika schreibt die „Rzeczpospolita“ in ihrer Nr. 26 vom Dienstag, dem 27. Januar:

Die Masseneinwanderung aus Polen nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika gehört, wie es scheint, der nicht wiederkehrenden Vergangenheit an.

Das amerikanische Einwanderungsgesetz erkennt Polen ein Kontingent von 5882 Personen zu. Nur so viel Personen werden sich also im laufenden Jahre aus allen Teilen Polens nach Amerika begeben können.

Nach den Informationen, die die „Rzeczpospolita“ von dem amerikanischen Generalkonsul in Warschau erhielt, kann von dem Polen zuverlässigen Kontingenzen jeden Monat nicht mehr als ein Bruchteil der oben angegebenen Ziffer Einwanderungszeugnisse erhalten. Davon sind 50 Prozent reserviert für eine bestimmte Kategorie von Verwandten amerikanischer Bürger, sowie qualifizierte Landarbeiter. Die übrigen 50 Prozent dagegen bilden Emigranten, die nach den Einwanderungsvorschriften nicht das Erstrecht genießen, die kein Recht haben auf besondere Verüchtigungen. Die Petitionen der letzteren werden auch im üblichen Geschäftsgang berücksichtigt.

Diejenigen, die jetzt Gesuche einreichen zur Ausreise nach Amerika, erhalten nicht so schnell eine zugärende Antwort; denn das Erstrecht haben die, die vor dem 30. Juni 1924 Gesuche eingebracht und damals Bitten erhalten, sich aber nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika wegen vorzeitiger Erschöpfung des Kontingents, das für Polen im Jahre 1924 bestimmt war, nicht begeben konnten.

Bei der Erteilung von Einwanderungsbitten haben folgende Personen in erster Linie den Vortzug: 1. unverheiratete Emigranten unter 21 Jahren, und zwar Kinder amerikanischer Emigranten, die schon jetzt ständig in Amerika wohnen; 2. Emigranten-Landwirte mit Frau und Kindern.

Auf Grund dieser Vorschriften reisen jetzt nach Amerika vorwiegend Kinder, die sich zu ihren Eltern, die amerikanische Bürger sind, begeben.

Gesuche von Personen aber, die sich nicht zu ihren Eltern, sondern zu ihren Verwandten nach Amerika begaben wollen, genießen keine Sonderprivilegien, sondern werden von der Bittenabteilung des amerikanischen Konsulats individuell geprüft. Dieses Konsulat ertheilt ausgärende Antworten in sehr beschränkter Zahl und erst nach vorhergehendem Empfang der Entscheidung des Hauptemigrationsamts in Washington. In dieser Entscheidung muß von Verwandten des Emigranten unter Eid die Erklärung abgegeben werden, daß er sich die ganze Zeit seines Verwandten annehmen und im Falle des Verlustes der Arbeitsfähigkeit ihn aus eigenen Mitteln unterhalten wird.

Personen, die nach Amerika nach Arbeit ausreisen, müssen ebenfalls eine zugärende Entscheidung des Hauptemigrationsamts sowie die Zustimmung des amerikanischen Arbeitsministers mit der Unterschrift des Staatssekretärs erhalten.

Infolge dieser Verschärfungen wird nur eine geringe Zahl von Personen im laufenden Jahre sich nach Amerika begeben können.

## Republik Polen.

### Herr Grabski vor der Haushaltungskommission.

Die Sejmkommission für Haushaltssachen nahm den von einer speziellen Unterkommission vorgelegten Entwurf für die Regelung der Arbeiten am Budget für das Jahr 1925 an. Darauf wurde in die weitere Generaldiskussion über das Budget des Finanzministeriums eingereiht. Als letzter Redner sprach Abg. Wyzłowski von der polnischen Volkspartei. Nach ihm ergriff Ministerpräsident Grabski das Wort und berührte in einstündigter Rede sämtliche von den Vorrednern angeschnittenen Fragen. Der Premier stellte jetzt, daß er aus der Generaldiskussion den Eindruck gewonnen habe, daß die gesamte Kommission auf dem Standpunkt der Aufrichterhaltung des Haushaltsgleichgewichts für 1925 stehe, weshalb er in kürzester Zeit die Aufgaben erfüllen müsse, die auf ihn fielen.

### Kredite! Kredite!

Die Finanzkommission des Senats nahm in ihrer Dienstagsitzung eine Resolution an, in der die Regierung aufgefordert wurde, ein Gesetz vorzulegen, das Kredite für die Kleindchedule und das Handwerk sichert. Der in der Sitzung anwesende Regierungsrat erklärte, daß ein entsprechender Gesetzentwurf bald eingebrochen werden würde.

### In der Auslandskommission.

In der Diestagsitzung der Auslandskommission wurde die Ratifizierung des vom Abgeordneten Wyrzykowski referierten Gesetzes über den Beitritt Polens zur internationalen metrischen Konvention beschlossen. Abg. Dobksi von der Polnischen Volkspartei trug dann der Kommission die deutsch-polnische Konvention über die Staatsangehörigkeit und Option, die am 30. August 1924 in Wien unterzeichnet wurde, zur Ratifizierung vor. Er wies auf die unbestritten bedeutsame Täuschung der Regelung der Frage der Staatsbürgerschaft und der Option hin und äußerte seine Anerkennung für die Arbeiten der polnischen Delegation. Der Vorsitzende der polnischen Delegation W. Prabdzinski, erklärte der Kommission diesbezügliche Ausklärungen. In der Diskussion erklärte die Abgeordnete Solonicka vom Nationalen Volksverband, daß die Frage der Staatsbürgerschaft und der Option besser erledigt werden können, wenn die polnische Regierung sogleich von ihren Rechten, die ihr der Versailler Vertrag gegeben habe, Gebrauch gemacht hätte. Die Kommission beschloß, die Konvention zu ratifizieren. Zum Antrag in der Danziger Frage sprach Abg. Niedzialkowski von der Sozialistischen Partei. Nach Ansicht des Redners kann Polen die These der Souveränität Danzigs nicht anerkennen. Andererseits aber halte die These, daß Danzig ein Bestandteil der polnischen Republik sei, nicht die Kritik aus. Die Danziger Frage sei weiterhin brennend. Polen ginge es nicht um eine Verschärfung der Beziehungen. Diese müßten sich stark auf die Grundlagen der gültigen Verträge stützen.

### Die Kreisausschüsse.

Am 2. und 3. Februar findet in Warschau im Sitzungssaale der Stadtverordneten eine Tagung von Vertretern der Kreisausschüsse statt. Gegenstand der Beratungen wird unter anderem die Frage der staatlichen Aufsicht über die Selbstverwaltung, sowie das Projekt der Bildung eines staatlichen Selbstverwaltungsrates sein, der ein Beiratssorgan beim Inneministerium in der Angelegenheit der territorialen Selbstverwaltung sein, vor allem aber an der Schaffung eines ständigen Regierungsprogramms hinsichtlich der Selbstverwaltung mitwirken würde. Auf der Tagung sollen drei Kommissionen gebildet werden: eine Rechts-Verwaltungskommission, eine Wirtschaftskommission und eine Organisationskommission. Die Wirtschaftskommission wird sich mit einer Reihe aktueller Fragen aus dem Gebiete der Kreis-Selbstverwaltung, mit der Sparpolitik, mit Fiskalfragen, der sozialen Fürsorge usw. befassen.

### Das Budget.

Nach einer Meldung des „Kurjer Pozn.“ fand in Warschau eine Konferenz von Sejmabgeordneten statt, in der die Art und Weise der weiteren Kommissionserörterungen über das Budget festgelegt wurde. Es wurde bestimmt, daß in den Generalerörterungen der Referent und der Minister des betreffenden Ressorts das Recht zu sprechen haben sollen, während die Kommissionsmitglieder nur Anfragen stellen dürfen. Jeder Klub hat

das Recht, insgesamt 300 Minuten, d. h. 20 Minuten bei jedem Ressort, zu sprechen. Die Budgets des Finanzministeriums, der Obersten Staatskontrolle, des Kriegsministeriums und des Eisenbahnaministeriums werden von der ganzen Kommission bearbeitet. Zur Erörterung der übrigen Ressorts werden zwei Unterkommissionen, eine politische und eine wirtschaftliche, unter dem Vorsitz des Abgeordneten B. B. G. (Nationaler Volksverband) und Gruska (Polnische Volkspartei) einberufen werden. Die politische Unterkommission wird in erster und zweiter Lesung die Budgets des Ministerratspräsidiums, des Inneministeriums, des Justizministeriums, des Außenministeriums und des Kultusministeriums erörtern. Die wirtschaftliche Unterkommission soll über die Budgets des Landwirtschaftsministeriums, des Agrarreformministeriums, des Industrie- und Handelsministeriums, des Ministeriums für öffentliche Arbeiten und des Arbeitsministeriums beraten. Die dritte Lesung soll in allgemeiner Sitzung stattfinden.

### Ende der Lastowski-Regierung.

(A. W.) Der „Przegl. Wielkopolski“ meldet aus Wilna, daß Litauen die sogenannte Regierung der Weißrussischen Republik mit dem Sitz in Kowno liquidiert habe. An der Spitze dieser Regierung stand Lastowski. Im Jahre 1920 wurde zwischen Lastowski und der litauischen Regierung ein Vertrag abgeschlossen, auf Grund dessen Litauen die Bestrebungen Lastowskis unterstützte, während er antipolnische Agitation im Wilnaer Land betrieb. Jetzt hat die Polizei die weißrussische Flagge und das Schild des Hauses, wo sich das Unternehmen befand, heruntergerissen.

### Nur im Bedarfsfalle.

Der Seniorenkongress des Sejm beriet gestern abend über die Frage der Verteilung der Botsäße in den Sejmkommissionen. Es wurden drei Projekte vorgetragen: 1. Die Anwendung des Hondystems. 2. das bisherige Proportionalsystem. 3. ein einheitliches Schätzsystem für alle Kommissionen. Wegen der Unvereinbarkeit der Anschauungen wurde die Angelegenheit dem Sejmplenum zur Erörterung überwiesen. Darauf wurde bestimmt, daß Vollsitzungen des Sejm nur im Bedarfsfalle einberufen werden sollen.

### Personalwechsel?

Der „Kurjer Warszawski“ meldet, daß für die Übernahme des Postens des Unterstaatssekretärs im Außenministerium der polnische Gesandte in Rom August Galeski, und der polnische Gesandte in der Türkei, K. Noll, genannt werden. Den idiomatischen Posten würde dann der bisherige Direktor des politischen Departements im Außenministerium, Kazian Morawski übernehmen.

## Die Lage in Albanien.

(Eigenbericht.)

St. Skutari, 25. Januar.

Albanien ist seit heute die jüngste, aber auch die originellste Republik in Europa. Eine Durchführung der öffentlichen Meinung, wie sie sich Ahmed Bogi durch die Proklamation der republikanischen Staatsform in Albanien durch eine von ihm zusammengesetzte Nationalversammlung geleistet hat, übersteigt selbst die usualen Versuche, die Welt immer wieder zu missifizieren. Das charakteristische Moment dieser neuesten Republik besteht darin, daß nicht einmal eine Regierung eingesetzt wurde. Die ganze Macht im Staate bleibt dem Direktorium vorbehalten, das sich aus sechs Mitgliedern, eines pro Ressort, zusammensetzt. In Wirklichkeit besteht aber diese höchste Verwaltungsinstanz aus viermal Ahmed Bogi und zweimal Anhängern von Ahmed Bogi. Denn der Albanerfürst, der jetzt der Welt eine Republik vorauslöschen will, vereint in seiner Hand das Präsidium, sowie die Ressorts für Äußeres, Krieg und Innere. Von der Einberufung der rechtmäßig gewählten Nationalversammlung ist natürlich keine Rede, denn dieselbe hätte Ahmed Bogi niemals mit der Leitung der Regierungsgeschäfte betraut. Die neue Nationalversammlung, die Ahmed Bogi einberufen will, muß erst auf Grund eines indirekten komplizierten Wahlrechtes geschaffen werden. Wahlen aber sind, so lange die unsicheren politischen Verhältnisse andauern, nicht abzusehen.

Indessen erinnert die Schreckensherrschaft des Tyrannen gegen den Widerstand des Landes an die schlimmsten Zeiten der türkischen Stathalterregierungen des vorherigen Jahrhunderts. Ahmed Bogi läßt von seinen Söldnern friedliche Stämme überfallen, die er im Verdachte hat, daß sie mit seiner Herrschaft nicht sympathisieren, bedroht angehobene Bürger mit dem Kerker und noch Schlimmeres: Brandstiftungen durch Söldnertruppen, Verkleppungen von Menschen und Herden sind an der Tagesordnung. Der Bruder des Erzbischofs Wysoba, Don Andrea Wysoba, ein priesterlicher Geist von 70 Jahren, der sich wegen seiner Bescheidenheit und seiner Güte für die Armen eines großen Ansehens in der Bevölkerung aller Bekanntschaften des Skutariner Kreises erfreut, wurde unter schändlichen Beschuldigungen in den Kerker geworfen. Er war Abgeordneter der letzten albanischen Nationalversammlung, die gegen Ahmed Bogi gestimmt war, und erschien deshalb dem Machthaber verdächtigt. Sein Schicksal teilt der Abgeordnete Koli. Vor allem richtet sich die Wut der Verfolgung gegen den katholischen Klerus. Unter dem Verhafteten befinden sich die Weltpriester Don Lazarus Schiantoja, Don Basto Benzi, der Provinzial der Franziskaner P. Paul Dobaj und die Franziskanerpriester Bernhardini, Anton Horvati und Brillani.

So lange Albanien unter osmanischer Herrschaft stand, wagte nicht einmal ein Ali Pascha die durch feierliche Formen geschützten franziskanischen Kulturstationen des Landes anzugreifen. Die Verhaftung des im ganzen Lande verehrten Ordensprovinzials hat großes Aufsehen erregt. Unter den Verhafteten befinden sich aber auch angehobene Kaufleute in Skutari und die Hörer von etwa dreißig angehobenen und unbekannten Familien. Täglich mehren sich die Einlieferungen in die überfüllten Kerker.

Ein grettes Licht auf die Vorgänge hinter den Kulissen der albanischen Kämpfe werft die Tatsache von den Unterhandlungen, welche die neue Regierung mit englischen Finanziers um das Monopol auf die Ausbeutung der albanischen Ölquellen führt. Die Anstrengungen des Amerikaners Sinclair, die Quellen in die Hand zu bekommen, sind für die Dauer der gegenwärtigen Herrschaft fruchtlos. Sinclair war durch Van Noli, den früher Erzbischof der albanischen Gemeinde in Boston gewesen, auf Albanien aufmerksam gemacht worden.

## Primo de Rivera über die Grundsätze seiner Politik.

Der spanische Diktator General ist jetzt aus Marokko in Madrid eingetroffen und von einer begeisterten Menge begrüßt worden.

Der General hält vor Mitgliedern des Direktoriums und den Vertretern der Behörden eine Rede über seine Politik. Nach einer Havasmeldung erklärte er, daß sich vier Hauptprobleme seiner Politik ergeben hätten, nämlich die catalanische Loslösungsbewegung, die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung, die schlechte Wirtschaftslage und die Marokkofrage. Für keins dieser vier Probleme sei bis jetzt eine vollständige Lösung gefunden worden. Am wenigsten Vorwürfe habe man ihm wegen seiner Politik in der Marokkofrage gemacht. In der er vielleicht insoweit einen Fehler begangen habe, als er ziemlich schwere Verpflichtungen eingegangen sei. Er habe dies jedoch im guten Glauben getan.

Er sprach dann noch über das Sanierungswerk Spaniens, das mit durchgreifenden inneren Reformen beginnen müsse.

## Robespierre oder Mussolini?

(Von unserem römischen Korrespondenten.)

Rom, Ende Januar.  
Den Kopf schon in der Schlinge, hat sich Mussolini mit einer Kraft und einer Geschicklichkeit herausgezogen, die beide faschistischen Anerkennung müssen, die Opposition und der radikale Faschismus. Denn beide hat der Tod zu Boden gerissen. Bis sie sich wieder erholen haben, wird wenigstens das im Lande herrschen, was man am besten als *a m t l i c h e R u h e* bezeichnet. Sie wird durch den vollkommenen Mangel an Angriffen gegen die Regierung und das faschistische System, durch das Fehlen jeglicher Verantwortung über blutige politische Ereignisse, durch die sarkastisch-hässliche Zähmung der Presse ausgewiesen. Man hört überhaupt nur noch eine Stimme, die faschistische, folglich müssen alle damit zufrieden sein. Nur die Zeitungsverläufe knurren, wenn es keiner sieht. Wovon sollen wir denn leben, schließlich wird man außer den Beisetzungen uns selber sequestrieren!

Es ist auf die Dauer langweilig, gegen offene Türen anzutreten. Es ist angebracht der Kampfbegierigen Buschauerinnen etwas penibel, im Parlament immer mit gehaltenen Fausten auf nicht vorhandene Gegner einzudringen. Mussolini hat mit herzhafter Gewalt ein mächtiges Loch ins Wasser gemacht — was soll das? Nein, die Faschisten sind, wie gewisse „Sieger“ mit Versailles, unzufrieden mit ihrem Erfolg. Zu einer richtigen Glorie gehören rauchende Städte, der Vormarsch auf feindlichen Boden, der Eingang durchs Brandenburger Tor und wie es halt so die alten Kriegsgemälde zeigen. Und zu einer richtigen Revolution gehören nicht minder sinnfällige Attribute. Wen aber soll die *seconda ondata*, die zweite Welle, bestimmen, wer an sie glauben, wenn man dem Gegner nicht einmal die Bunge läßt, zu schreien? Schon der erste Tagesschluß des Innenministers Federzoni wußte von einer geradezu feldherrnhägenden Beute zu berichten, von 687 Haftungen, 125 aufgelösten Verbänden, ungezählten politischen Verhaftungen und so weiter, aber was ist das? Man sprengte den mächtigen Frontkämpferbund „Freies Italien“, man entzog den Freimaurern mit einem Federstrich den Boden oder stellte wenigstens sämtliche Beamte des Reiches vor die Wahl, den Logenbrüder an den Nagel zu hängen oder Selbstmord zu begehen, aber kann man deswegen Victoria schließen? Gewiß, in Florenz, in Pisa, in Arezzo loderten die Flammen zum Himmel und säuberten Ströme von Schwarzhunden die Straßen, aber hat nicht derselbe Minister Federzoni vor der Kammer erklärt, gegen diese Faschisten würde gesetzlich vorgegangen werden? Hat nicht Mussolini trotz deutlicher Warnungen seine antifaschistische Wahlreform durchgedrückt, indem er einfach Disziplin forderte? Was soll überhaupt dieses zweideutige Siebäugeln mit dem Parlamentarismus?

Parlamentarisch betrachtet, ergibt sich nämlich, wie hier einschätzt werden mag, folgendes Bild:

Um den Aventin zu versöhnen, hatte Mussolini die Rückkehr zum alten girlittianischen Wahlsystem angekündigt. Obwohl das ein unbekanntlich weitgehendes Opfer erfordert, denn das hieß, seinem eigenen Geschöpf, dem er selber ein mindestens fünfjähriges Leben vorausgesagt hatte, den Hals umdrehen und einen Aufstand der Prätorianer heraufbeschwören, wies die Opposition die Wahlreform als Danaergeschent ab. Darauf stellte der Diktator den Zuhörer ein und zeigte (in Wirklichkeit unter dem Druck der revolutionären Faschisten) die Weitsicht: seine antiparlamentarische Rede vom 8. Januar, mit der er die Verantwortung für alle vorgenommenen Gewalttätigkeiten übernahm, leitete die zweite Revolutionswelle ein unter der Befreiung: Gewalt! Der Befreiung wurde ausgeführt. (Mehreres beim Senator zu erfahren.) Als Folgeerscheinung ergab sich der neuerliche Abfall der mit der Wahlreformkündigung zurückgewonnenen Rechtsliberalen, die Herausbildung einer geschlossenen Opposition nun auch innerhalb des Kumpfparlamentes, der Zusammenschluß der drei namhaftesten Politiker des Landes, der früheren Ministerpräsidenten Giolitti, Orlando und Salandra. Dieser Dreieckbund begann sofort Frontstellung gegen die Regierung und lehnte die Wahlvorlage ab, indem er sich dem Misstrauen der Aventinisten anschloß. Alle Nichtfaschisten, heißt das, stehen in der Reformkündigung nur einen Kniff, und können die Neuwahlen ja zustande, so würden sie unter den gegenwärtigen Umständen nur den Deckmantel für die Vergewaltigung der Stimmberchtigten abgeben. Habe man es doch in diesen Tagen bereits erlebt, wie alle jungen Männer in einer gewissen Stadt mit Gewalt in die faschistischen Reihen gezwungen wurden. Die Opposition beschloß daher, Wahlen unter einem Mussolini überhaupt zu ignorieren.

Auf der anderen Seite rührten sich die radikalen Faschisten. Daher erklärte nun Mussolini fahrläufig am gleichen Tage, da er sein faschistisches Parlament die Vorlage anzunehmen hieß, mit der Annahme der Reform sei nicht geziert, daß nun auch gleich die Wahlen stattfinden müßten. Das habe Zeit, im Herbst vielleicht oder im nächsten Jahr. Man dürfe doch das *Anno Santo*

nicht stören, beeilte sich die ministerielle Presse hinzuzufügen. Es liegt auf der Hand, daß man nun in beiden Lagern misstrauisch werden mußte. Wo will Mussolini eigentlich hinaus?

In diesem kritischen Augenblick reizte ihm wieder die ehrlichen Politiker die Situation, die Kommunisten. Mit der ihnen eigenen Pfiffigkeit drückten sie ihm die Waffen in die Hand, die er brauchte. Es schien plötzlich im Kumpfparlament und gab die Erklärung ab, das Proletariat rüste, um mit Waffengewalt die Regierung an sich zu reißen. Der Sturz des Faschismus bedeutete auch den Tod des Bürgerums, das unverzüglich vor das revolutionäre Tribunal geschleppt würde.

Ein kalter Schauer sah den Bürger an. So also war es gemeint? Nun, dann lieber noch Faschismus als Bolschewismus! Die Faschisten schlugen sich auf die Schenkel vor Verteidigung und setzten sofort eine Dankadresse an die kommunistischen Kollegen auf, in der ihnen die Anerkennung dafür ausgesprochen wurde, daß sie wieder im Parlament einzogen und damit sich in den Dienst fürs Vaterland stellten. Unter den Hartlosen, die die blutige Fronte nicht merkten und ihren Namen daruntersetzen, war auch der deutsch Vertreter Südtirols. Sogar ausländische Journalisten nahmen sie ernst, wie denn überhaupt so manches zu der Verantwortung über die italienische Krise zu sagen wäre. Da verbreitete einer in großen deutschen Zeitungen seine gewiß originelle Meinung, es handle sich nur um Theatervorstellung, das sei alles nur „römisches Feuerwerk“ — und prompt am nächsten Tage geht es los. Die Betroffenen danken für dieses Feuerwerk. Dann wird erklärt, auf Grund der amtlichen Darstellung, die Kommerzopposition habe die Nichtigkeit der Gewaltmaßregeln eingesehen und deshalb ihren Protest zurückgezogen. In Wirklichkeit wurde dieser Protest niedergebrüllt und die Motion infolgedessen als ausichtslos zurückgezogen. Einiges andere, sollte man meinen.

So weit das parlamentarische Bild. Die Macht und damit die Regierung liegt natürlich einzig und allein bei Mussolini, nachdem er — auf wie lange? — die Prätorianer zu beschwören verstand. Wie jetzt ihre Führer aussagen, wurde Mussolini von den revolutionären Frontkämpfern, die an einem Tage fünfzigtausend bewaffnete Bauern auf den Platz der Signoria in Florenz waren, gezwungen, ein Machtwort zu sprechen. Aber, so fragt Turzio Sudert bereits wieder misstrauisch in der Wochenzeitung „La conquista dello Stato“, war die Rede vom 8. Januar wirklich ein ernster revolutionärer Akt oder nicht vielmehr ein Manöver des äußerst geschickten Mussolinischen Taktik, eine revolutionäre Maske, um Freund und Feind zu täuschen? Ohne die Maske Robespierres wäre sein letzter verwarfelter Normalisierungsversuch (die Wahlreform) als Schwäche ausgelegt worden. Aber hier muß sofort klar gefragt werden, daß die scheinbare Gewaltspolitik der Regierung einen schweren Schlag für den revolutionären Faschismus bedeutet, der zu allem entschlossen ist.

Das ist das Kennzeichen der Lage: man traut Mussolini nicht mehr. Nicht mehr links und nicht mehr rechts. Entweder, sagen die radikal-faschistischen, die wie wir gesehen haben, das Heft in der Hand halten, mit allen Mitteln die normalisierende Richtung der Regierung sabotieren oder die Schlacht auf dem Feld der Neuwahl annehmen und so auf jede Weise, auch mit Gewalt, die toten Kräfte innerhalb des Faschismus an einer Rückkehr ins parlamentarische Leben verhindern. Man muß Mussolini einfach jede Möglichkeit abschneiden, parlamentarisch zu regieren!

So ist nicht nur der Kampf um Rom bisher unentschieden, es nimmt auch das interessante Experiment um die Wiederbelebung antiker Staatsformen seinen Fortgang.

Gustav W. Eberlein.

## Der nationale Huldigungstag in Spanien.

General Primo de Rivera ist in Madrid eingetroffen. Gestern war zur Vorfeier des Namenstags des Königs (San Ildefonso) eine Feststunde für 8000 Bürgermeister im Madrider Palast unter dem Vorstoß des königlichen Familien und des Direktoriums. Zum Schluß wurden dem Königspaar Insignien als Ehrenbürgemeister überreicht, dem König ein Stab, der Königin eine von einer Schleife gehaltene Medaille aus kostbarem Material. Die Kundgebung ist gedacht gewissermaßen als Antwort auf den im Ausland organisierten Verleumdungsfeldzug, der gegen Spanien, insbesondere gegen die Person des Königs gerichtet war. Man schätzt die Zahl der Besucher, die aus allen Teilen des Landes nach der Hauptstadt herbeigeeilt sind, auf rund 75 000.

## König Alfons gegen den Schriftsteller Blasco Ibáñez

Aus Madrid kommt die Meldung, daß König Alfons in Cordoba in einer auffälligen Rede die Beleidigungen der spanischen Armee durch den in Frankreich lebenden Blasco Ibáñez zurückgewiesen hat. Der König sagte u. a.:

„Ich habe immer meine Pflicht getan, und das ist eine tiefe Genugtuung für mein Gewissen. Ich zähle auf mein Volk und verschere, daß der König auf seinem Posten sterben wird, und daß

aber sie konnte nicht anders, sie hasste Ruth, die ihr doch eigentlich, wenn sie ruhig überlegte, nichts angetan hatte, die Udo vorwärts half und der sie alle es zu danken hatten, daß ihre peinliche Lage sich sehr gebessert hatte. Aber trotzdem — Uschi fühlte nur Zorn und Hass auf diese Frau.

Sie hörte die beiden kommen, ging ans Zimmer. Ruth schüttelte der Schwiegermutter gerade die Hand und bat:

„Sei mir nicht böse, Schatz, daß ich Dich unangefordert überalte und um einen Teller Suppe bitte. Ich konnte heute nicht allein sein, nicht einsam im Restaurant essen. Ich brauche Menschen, Freunde.“

„Sei willkommen,“ sagte Ellen herzlich. „Was ist Dir, Ruth? Ist etwas Unangenehmes geschehen?“

„Richtig Besonderes, ich erzähle es Dir später.“

Udo hatte seine Frau inzwischen begrüßt. Nun reichte auch Ruth Carini Uschi die Hand. Kühl, fremd wie immer. Sie sah über die junge Frau hinweg, beachtete sie gar nicht, tat oft so, als wäre sie nicht vorhanden. Aber wenn Uschi dies ihrem Mann sagte, bestritt Udo es. Verträumt und immer voller Gedanken, hatte er nie bemerkt, daß Ruth ungestoppt gegen sie war. Die Frauen mochten sich nicht. Uschi bildete sich in ihrer Sensibilität Dinge ein, die ganz gewiß nicht existierten. Denn daß Ruth, die ihm immer Beweise ihrer aufrichtigen Freundschaft gab, gegen sein Liebstes auf der Welt bewußt taktlos und verlegend sein sollte, konnte er einfach nicht glauben. Sympathien lassen sich nicht erzwingen, aber man durfte auch nicht zu weit gehen in Empfindlichkeiten.

Während des Essens wurde von dem Sketcb gesprochen. Die Generalprobe war glänzend verlaufen.

„Es wird sicher ein Bombenerfolg,“ sagte die Carini.

„Ruth sieht fabelhaft aus und spielt virtuos,“ erzählte Udo, und die Freunde des Künstlers über sein gelungenes Werk, die Freunde des Autors über die glänzende Darstellung und Wiedergabe seiner Arbeit leuchtete aus seinen Augen.

Ellen war froh, lebhaft, wollte allerlei wissen, war ganz Anteilnahme, freudige Spannung, festliche Erregtheit. Uschi blieb still. Daß der kommende Erfolg so eng mit Ruth

Carini verknüpft war, daß er eigentlich ganz in den Händen

Dreß ihn nicht beschmutzt. Wer unsere Truppen schmäht, während sie in Marokko unter der Fahne kämpfen und sterben, ist ein Landesverräter. Ein Mann muß erst hinausgezogen sein und dem Tode ins Angesicht geschaut haben, bevor er die schmäht, die draußen kämpfen und leiden. Meine Offiziere sind verunglimpt worden, während die Friedhöfe Marokkos voll von denen liegen, die rühmlich ihr Blut vergossen haben. Solche Schmähungen dürfen nicht unbestraft bleiben. Wer so auferhalb Spaniens handelt und dazu bei keiner Gelegenheit sein Leben für Spanien eingesetzt hat, ist ein Feind der spanischen Flagge.“

Damit hat auch der König Gelegenheit genommen, mit scharfen Worten die Beleidigungen und Angriffe, die Blasco Ibáñez in einem Pamphlet gegen Monarchie, Direktorium und Armee gemacht hat, abzuwehren. Das Eigentum des Schriftstellers in Valencia ist inzwischen gerichtlich beschlagnahmt worden.

## In kurzen Worten.

Die demnächstige Ankunft des japanischen Prinzen Tōkōshibu in England, wo er studieren soll, hat ein königliches Handschreiben an den Prinzenregenten von Japan zur Folge gehabt, in dem er diesen Besuch als Beweis für die enge Freundschaft der beiden Nationen begrüßt.

In Riga haben antisemitische Horden am Freitag abend eine Bombe in die Synagoge in der Gogolstraße geworfen. Es entstand großer Schaden, doch sind Menschen nicht zu beklagen. Der Gottesdienst war schon zu Ende. Die Banditen sind entkommen.

In Le Havre lief ein neues Torpedoboot vom Stapel. Das Boot hat eine Wasserdurchdringung von 1455 Tonnen und eine Geschwindigkeit von 38 Knoten.

Eine Lebensstatistik, die auch in Amerika, dem Lande der Rekordeleistungen, Anerkennungen finden würde, kann ein Jahrmeister der White Star Line aufweisen, der sich jetzt vom Dienst zurückgezogen hat. Er hat während seiner Dienstzeit 730 mal die Erde umkreist und mehr als 3 Millionen Meilen auf der See zurückgelegt.

Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien haben gemeinsam bei der französischen Regierung wegen der Überlassung der Wrangelflotte an Sowjetrußland Protest erhoben.

Das Grab des Tutanchamun ist, nachdem es 11 Monate geschlossen war, wieder geöffnet worden. Bei der Öffnung stellte es sich heraus, daß das Leinentuch, das die verschiedenen Schreine bedeckte, unter dem Einfluß von Sonne und Wetter völlig zerfallen war. Die Engländer behaupten nun, daß dieser Verlust auf den Mangel von Erhaltungsmaßregeln seitens der ägyptischen Regierung zurückzuführen sei.

Der rumänische Gesandte Nano ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Gesandtschaft wieder übernommen.

Zwei französische Forscherinnen, Mlle. Oulie und Mlle. de Saussure, haben nach langen Ausgrabungsarbeiten auf Kreis die Ruinen der früheren Hauptstadt der Insel, Mallia, bloßgelegt, die im Jahre 2100 vor Christi zerstört wurde. Straßen, Keller, Terrassen und eingelassene Bimmer sollen gut erhalten sein. Die beiden Archäologinnen sind erst 23 Jahre alt.

**Bestellungen auf das „Posener Tageblatt“ für Februar, sowie Februar u. März**

werden von allen Postämtern, unseren Agenturen und von der Geschäftsstelle in Posen, Zwierzyniecka 6

**noch jederzeit angenommen.**

**„Posener Tageblatt“**

dieser Frau lag, ließ keine Freunde in ihr auskommen. Und Udo bettelte immer wieder stumm um einen zärtlichen, einen fröhlichen Blick. Was war denn nur mit seiner kleinen Uschi? Wollte sie gar nicht teilnehmen an seiner Freude?

Nach der Mahlzeit saß man in Udos Zimmer. Ruth Carini erzählte: „Mein Mann läßt mich nicht in Frieden, das ist der Grund meiner Unruhe. Darum wollte ich heute unter lieben Menschen sein. Denkt Euch, er war gestern hier, um mich zurückzuholen. Wir hatten eine furchtbare Auseinandersetzung. Er behauptet, er käme nicht los von mir. Er hat mir Entsetzliches angedroht, wenn ich nicht zu ihm zurückkehre. Er will mich und sich erschießen, oder mich ins Irrenhaus sperren lassen. Schließlich, als er merkte, daß alle Drohungen und Bitten nichts halfen, reiste er wieder ab. Aber er drohte mir, bald wiederzukommen und dann ein Ende zu machen — so oder so.“

„Und es ist unmöglich, daß Du zu ihm zurückkehrst?“ forschte Ellen.

„Unmöglich,“ erwiderte Ruth leidenschaftlich. „Ich bin Waldbogel, keiner, der in einem Käfig gelehnen kann. Ich habe in meinen beiden Ehen nicht ausgeholt, obgleich mir beide Männer gefallen. Aber ich muß frei sein, tun und lassen, kommen und gehen können, wann es mir beliebt. Und das wollte mein Mann mir nicht erlauben. Und ich kann auch nicht auf die Kunst verzichten, auf den Beifall, die Sensationen, die Erregungen des Spiels. Das alles ist mir Lebensbedürfnis. Und er will das nicht verstehen.“

Aber Du hat keinen Grund für eine Scheidung, Ruth, wenn Dein Mann sie nicht will,“ meinte Udo.

„Ich bin ihm davongelaufen und kehre nicht zurück. Er kann mich nicht zwingen. Ob es Gründe für eine Scheidung gibt, will ich mit einem tüchtigen Anwalt besprechen.“

„Es ist furchtbar,“ flagte Ellen. „Woher man auch kommt, überall hört man von Scheidungen. Auch ein Zeichen unserer traurigen Zeit. Die Menschen gehen zusammen und wieder auseinander, leichtfertig, gedankenlos, trostlos. Die meisten, die sich wieder trennen, haben sich vorher eben nicht geprüft, nicht bedacht, was eine Ehe bedeutet.“

(Fortsetzung folgt.)

## Aus Stadt und Land.

Posen, den 28. Januar.

### Wichtig für Reichsdeutsche und Optanten!

Der Termin zur Einreichung eines Antrages um Ansehtshaltbewilligung im Bereich der Festung Posen läuft bekanntlich am Sonnabend, dem 31. Januar, ab. Der Antrag geschieht schriftlich in polnischer Sprache, dem eine Stempelmarke von 2 zł beizufügen ist. Die Ausländer in der Stadt Posen, also Reichsdeutsche und Optanten, reichen ihren Antrag im Starostwo Grodzkie, Zimmer 21 ein, die im Bereich der 30-Kilometer-Zone wohnenden Ausländer bei ihren zuständigen Starosten.

**Zur Versteuerung der Miet- und Pachtverträge,** die bis zum 31. d. Ms. erfolgen muß, geben die zuständigen Finanzbehörden folgendes bekannt:

Gemäß den im ehemaligen preußischen Teilgebiet geltenden gesetzlichen Bestimmungen unterliegen sowohl mündliche als auch schriftliche Pacht- und Mietverträge einer Stempelsteuer, die für das Jahr 1925 im Laufe des Monats Januar 1925 zu entrichten ist. Die Pflicht der Bezahlung der Stempelsteuer ruht auf den vermieter Personen, die gegen Zahlung von 10 Groschen in den Alziserverwaltungen ein entsprechendes Formular zur Declaration erhalten können, und denen dort auf Wunsch auch gefragt wird, wie sie das Formular ausfüllen haben. Dieses Formular ist nach seiner Ausfüllung im Laufe des Monats Januar bei der zuständigen Alziserverwaltung zur Abtempelung vorzulegen. Keine Privatperson ist berechtigt, die Abtempelung selbst vorzunehmen. In den Städten ruht obige Pflicht vor allen Dingen auf den Hausbesitzer in bezüglich ihrer Mieter, sowie auch auf denjenigen Mieter, die Untermieter haben, und zwar handelt es sich hier sowohl um Wohnräume, als auch um Raumlichkeiten, die zu gewerblichen, Handels-, industriellen usw. Zwecken vermietet wurden. Auf den Dörfern kommen in Betracht Personen, wie auch Gemeinden, die Ackerland, Weiden, Jagden usw. vermieten. Die Steuerbehörden werden mit Hilfe der Gemeinde-, Kommunal- und Polizeibehörden eine genaue Kontrolle in dieser Hinsicht unternehmen, und es wird jede Person, die mit der Bezahlung der Steuer im obigen Termin im Rückstand geblieben ist, unweigerlich einer Strafe unterzogen.

### Zehn Gesundheitsregeln für den Winter.

1. Halte auf trockene Füße. — 2. Gehe nicht mit leeren Magen aus dem Hause. — 3. Wasch dich nicht kurz vor dem Ausgehen. — 4. Frauen sollen sich nicht vor dem Zubettgehen das Haar waschen, wenn die Lust des Schlafzimmers sehr last ist. — 5. Halte auf warme Gelenke. — 6. Hüte dich vor zu scharfen Temperaturübergängen. Höchst häufig ist es, sich beim Eintreten ins Zimmer mit den roten frostverkratzten Gliedern an den stark geheizten Ofen zu stellen. — 7. Streue vor dem Hause Sand; wasche nicht die Treppen und Steinfiesen des Flurs, wenn das Wasser auf ihnen gefrieren könnte. — 8. Trinke jetzt wenig; siehe nicht am zugigen Fenster; bewege dich entsprechend! — 9. Öffne trotz schneidendem Winterkälte deine Wohnräume reichlich, denn Kohlenduft schadet dem Körper ziemlich mehr als Kugluft und Kälte. — 10. Heize den Schlafräum nur bei strenger Kälte und nimmt lieber zwei Decken statt einer Wärmflasche.

### Stadtverordnete wegen Hausfriedensbruchs angeklagt.

Am vergangenen Sonnabend hatten sich vor der Strafkammer in Lissa sechs Stadtverordnete aus Schwiebka wegen Hausfriedensbruchs zu verantworten. Die Angeklagten, D. II., S., L. St. und R., waren seinerzeit vom Friedensgericht in Lissa freigesprochen worden, und die Staatsanwaltschaft hattet gegen den Freispruch Berufung eingelegt. Am 2. Januar 1924 kamen die Angeklagten zu einer Stadtverordnetensitzung, und es wurde auch friedlich verhandelt, bis die Angeklagten die Anträge stellten, die sich gegen den Bürgermeister richteten. Das Stadtverordnetenamt das Rathaus und forderte schließlich die Herren auf, den Sitzungssaal zu verlassen. Natürlich folgten diese der Aufrufung nicht gleich. Die Folge davon war die Erhebung der Anklage wegen Hausfriedensbruchs. Der Staatsanwalt beantragte gegen jeden der Angeklagten einen Monat Gefängnis. Der Gerichtshof kam jedoch gleichfalls zu einer Freisprechung aller sechs Angeklagten.

### Deutsch sprechen verboten!

Bon einem Fabrikbesitzer in Pommern wird der „Deutsch-Rundschau“ folgender Vorfall mitgeteilt:

„Am 22. 1. fuhr mein Beamter mit der Bahn 3. Klasse nach Thorn und unterhielt sich im Abteil in deutscher Sprache. Ein Soldat, wie z. B. mein, vielleicht Unteroffizier, machte ihn in höflicher Weise darauf aufmerksam, daß Deutsch sprechen verboten sei. Dieses Verbot richtete er auch noch an andere Mitreisende mit Erfolg, indem er sich als Beauftragter der Behörde ausgab. Leider ließ sich mein Beamter einschüchtern und verlangte nicht Ausweis und Angabe der betreffenden Behörde.“

Von ähnlichen Fällen auf Eisenbahnfahrten ist der „Deutsch-Rundschau“ schon früher berichtet worden, aber es handelte sich dabei um halb Betrunkenen. Selbstverständlich hatte der Mann, von dem eingangs die Rede ist, von seiner Behörde irgend einen Auftrag, er handelte vielmehr auf eigene Faust. In solchen Fällen empfiehlt es sich, derartige Übergriffe unbefugter zu ignorieren, und wenn die Herrschaften lästig werden sollten, den Schutz der Bahnhofsbeamten in Anspruch zu nehmen.

### Die Peine des armen Mannes.

Das Tabakmonopol verbietet bekanntlich das Anpflanzen von Tabak ohne Genehmigung der Behörde, und die Finanzbeamten sind angewiesen, unrechtmäßig angepflanzte Tabakpflanzen zu

vernichten. Daß diese Anordnung mitunter hart sein kann, hat selbst das Gericht in Posen jüngst zugegeben müssen.

Vor den Schranken der Strafkammer stand der Kätner M., dem die Anklage Widerstand gegen die Staatsgewalt vorwarf. Der Angeklagte war ein leidenschaftlicher Schnupfer und hatte sich einige Tabakpflanzen gezogen, um „Selbstgefächelten“ zu gewinnen. Gerade als der Haussoldat vorer Tabakblätter hing und andere, bereits getrocknete Blätter ihrer Vermischung harren, erschien ein Finanzbeamter und schritt zu ihrer Vernichtung. Da fachte den ohnehin zu Heftigkeiten neigenden alten Mann die Wut, und er begann den Beamten zu bedrängen. Selbst der herbeigeholte Schulze konnte ihn nicht beruhigen. Vor der Art, die der ergürzte Schnupfer drohend schwang, mußten sich beide Beamte zurückziehen.

Das Gericht ging mit ihm milde um und verurteilte ihn zu 10 Tagen Gefängnis. Hierbei wurde, wie der „Kur. Pozn.“ hervorhebt, seine Vergewaltigung über den Verlust der einzigen Tagesfreude und seine heftige Natur mildernd bewertet. In der Urteilsbegründung bemerkte der Vorsitzende, daß das Gericht nicht zu entscheiden beabsichtigte, ob trotz der strengen Vorschriften es sich nicht empfehlen würde, hier und da ein Auge zu zudrücken, wenn es sich um geringe Mengen verbotenen Krautes für arme Leute handle. Es sei doch erlaubt, Tabakpflanzen in Parkanlagen zur Bier anzupflanzen, die von ihren wohlhabenden Besitzern vielleicht ohne Dazwischenreiten der Staatszahverwaltung zu Genußzwecken verwendet werden könnten.

s. Die kleinen Gelbscheine von 1 bis 50 Groschen verfallen vom 1. Februar ab. Die Bank Polski und ihre Abteilungen tauſchen die Scheine nur noch bis 31. Januar ein.

s. Ausgeschieden aus dem Vorstande des Aufsichtsrats der Driftarnia Toruńska in Thorn ist der Chefdirектор der Bank Polski, Dr. Włodzimierz Mieczkowski.

s. Auszeichnung. Das Silberne Verdienstkreuz ist der Regierungsselbstärerin Walentyna Napierała in Posen verliehen worden.

# Wichtig für die entlassenen Volksschullehrer. In Nr. 20 (142) des Amtsblattes des Ministeriums für Kultus und Unterricht (Dz. II. M. M. R. i. O. P.) vom 15. Dezember 1924, wird eine Verordnung des Ministeriums veröffentlicht, der zufolge die im vergangenen Sommer entlassenen Lehrer vor den Kommissionen für tätige und nicht qualifizierte Lehrer bis 31. August 1925 ihre Erprobungsprüfung ablegen dürfen, sofern sie bis zu ihrer Entlassung mindestens zwei Jahre im Amt waren. Die Gesuche um Zulassung zu der Prüfung sind an die Schulinspektorien durch Vermittlung desjenigen Schulinspektors, in dessen Bezirk der betreffende Lehrer tätig war, zu richten.

4. Posener Wochenmarktpreise. Auf dem heutigen Mittwoch-Wochenmarkt herrschte zwar lebhafte Verkehr, doch geringe Kauflust. Die Preise waren im Verhältnis zum letzten Montagmarkt kaum geändert. Man zahlte für das Pfund Bandbutter 1.60—1.80 zł für das Pfund Tafelbutter 2.40—2.50 zł für das Mandel Eier 2.00—2.50 zł für das Pfund Quark 50—60 gr. Auf dem Geflügelmarkt kostete eine Gans 71/2—10 zł, eine Ente 5—6 zł, ein Huhn 3—4 zł, eine Putte 6 zł, ein Kühhuhn bis 14 zł, für ein Pfund Speck zahlte man auf dem Fleischmarkt 1 zł, für ein Pf. Schweinefleisch 0.90—1.10 zł, für ein Pf. Rindfleisch 0.90—1.20 zł für ein Pf. Kalbfleisch 0.90—1.00 zł, für ein Pf. Hammelfleisch 70—80 gr. Ein Huhn kostete 6 zł, für ein Pfund Karpen zahlte man 2.20—2.50 zł, für ein Pfund Huhn 1.50 zł. Ferner wurden folgende Preise gezahlt: für ein Pfund Apfel 10—80 gr; für ein Pfund Rot- oder Weißkohl 20—30 gr; für eine Apfelsine 20—35 gr; für eine Birne 10—13 gr; für ein Pfund Walnüsse 90 gr; für ein Pfund Kartoffeln 1.40—1.50 zł; für ein Pfund Zwiebeln 25—30 gr; für ein Pfund Backobst 60—80 gr; für ein Pfund Kastanien 90 gr; für ein Pfund rote Rüben 10—15 gr; für ein Pf. Kohlrüben 10 gr; für ein Pfund Mohrrüben 10 gr; für ein Pfund Kartoffeln 5 gr; für einen Pfund Bohnen 30—50 gr; für ein Pfund Erbsen 20—35 gr; für einen Zierling 10—20 gr.

5. Verschwundenes Kind. Am Sonnabend hat sich die zehnjährige Lucia Włodzimiera aus der elterlichen Wohnung an der ulica Romualda 9 (ir. Große Berlinerstraße) entzweit und sich bisher nicht wieder eingefunden. Das Kind ist mittelgroß, hat rundes Gesicht, langes blonde Haar und blaue Augen. Bekleidet war es mit einem grünen Mantel, schwarzen Strümpfen, schwarzen Schuhen und grauer Mütze.

6. Die Feuerwehr wurde gestern abend gegen 10 Uhr nach der ul. Starowawa 3 (ir. Luisenstr.) gerufen, wo im Hinterhaus der Dachstuhl brannte. Das Feuer wurde nach halbständiger Tätigkeit der Feuerwehr gelöscht.

7. Bei einem Bodendiebstahl auf frischer Tat ergriffen und festgenommen wurde gestern ein gewisser Franciszek Nowak im Hause ul. Starowawa 3 (ir. Luisenstr.).

8. Die Aktenaube mit Wechseln, die, wie wir berichteten, in der vergangenen Woche aus einer Gastwirtschaft an der Aleja Marszałkowskiego (ir. Wilhelmstraße) verschwunden war, hat sich wieder einigen und kommt dem rechtmäßigen Eigentümer wieder zugestellt.

9. Ein großer Einbruchsdiebstahl wurde in der vergangenen Nacht beim Gutsbesitzer Sauer in Biszkušitz bei Budowice verübt. Gestohlen wurden Kleidungs- und Wäschesstücke im Werte von 2000 zł.

10. Vom Wetter. Heute, Mittwoch, hatten wir 5 Grad Kälte.

### Vereine, Veranstaltungen usw.

Donnerstag, den 29. 1. 1925. Radiobühne-Verein, abends 7 Uhr Radball und Reisefahrten im Below-Knotheischen Lyzeum.

Donnerstag, 29. 1. 1925. Stenographen-Verein. Im Below-Knotheischen Lyzeum. Von 6 1/2 bis 8 Uhr. Kurz für Anfänger und Fortgeschrittene.

Freitag, 30. 1. 1925. Verein Deutscher Sänger. 8 Uhr abends. Übungskunde.

11. Männer-Turnverein. Am Freitag, dem 30. d. Ms., 8 Uhr abends hält der Verein im Bristol seine Jahreshauptversammlung ab. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung wird auf pünktliches Erscheinen aller Mitglieder gerechnet.

\* Bromberg, 27. Januar. Tot aufgefunden wurde vorgestern früh in ihrem Zimmer im Stift in Jägerhof die 56jährige

reiche Frau Pauline Gierig, eine Büjassin des Stifts. Das Zimmer war mit diesem Rauch angefüllt, und die Betten und Bettstelle waren zum Teil verbrannt. Nach den Tatumsänden wird angenommen, daß Frau G. wohl in einem plötzlichen Anfall geistiger Unruhe die Bettdecken angezündet hat und infolge Rauchvergiftung gestorben ist. Wahrscheinlich hat ein langwieriges unheilbares schmerhaftes Leiden die Unglücksfälle zu dem verzweifelten Schritt getrieben, zumal sie mehrmals geküßt hat, sie werde sich das Leben nehmen müssen, um vor ihren Qualen erlöst zu werden. — Zu dem plötzlichen Todesschlag im Café Wyłkowianka am Sonnabend ist noch nachgetragen, daß der so jäh Verstorbene, der Besitzer Adam Romocki aus Wyłkow, schon seit langem herzleidend war. Er starb gerade bei einer Schachpartie, als er plötzlich infolge Herzschlags umfiel. Nach wenigen Minuten war er verschwunden.

s. Crone a Br., 27. Januar. Über das Vermögen des Kaufmanns Stanisław Skwarczynski ist am 20. d. Ms. der Konkurs eröffnet und zum Konkursverwalter der Bankdirektor Edward Skwarczynski ernannt worden. Anmeldefrist bis zum 1. Februar.

\* Inowrocław, 27. Januar. Eine Stadtverordnetenversammlung, die nur 5 Minuten dauerte, fand am Freitag statt. Nach Eröffnung durch den Vorsitzenden teilte der Stadtpräsident mit, daß die Überreichung des Diploms anlässlich der Ernennung des Bischofs Lubich-Gniejen zum Ehrenbürger der Stadt Inowrocław am letzten Mittwoch erfolgt sei. — Sodann erklärte der Vorsitzende, es würde sich, um Streitigkeiten zu vermeiden, empfehlen, über den einzigen Punkt der Tagesordnung, den Verkauf der Artilleriesäulen, in einer geheimen Sitzung zu verhandeln. Dieser Vorschlag wurde angenommen. — Überfahren wurde Freitag abend auf dem Ringe von einem Landmann aus Lojewo die hier an der ul. Sw. Ducha wohnende 87jährige Marianna Weiß. Die schwerverletzte Greifin wurde in das Krankenhaus gebracht.

s. Dobroń, 23. Januar. In der Nacht zum Dienstag voriger Woche brannte auf dem Nittergute Lukow eine große Scheune nieder. — In der Schmiede des Rittergutes Mośnowo entstand in der Nacht zum Dienstag Feuer, das aber glücklicherweise rechtzeitig entdeckt wurde, so daß größerer Schaden verhindert werden konnte. Der Administrator desselben Gutes hat einen Drohbrief erhalten, in dem das Niederbrennen verschiedener Gebäude androht wird, für den Fall, daß ein Vogt des Gutes nicht entlassen wird.

s. Thorn, 27. Januar. Über das Vermögen der Firma Towarzystwo dla handlowego i handlowego w Pomorzu Teatr Sp. Akc. ul. Zeglarska 27, ist am 13. d. Ms. der Konkurs eröffnet und zum Konkursverwalter der Kaufmann Karol Migański, ul. Szopienka 24, ernannt worden; Anmeldefrist bis zum 28. Februar.

\* Thorn, 27. Januar. Auf verschiedene Reklamationen, die in letzter Zeit beim hiesigen Hauptpostamt einließen und verloren gegangene Postsendungen betrafen, wurde eine polizeiliche Untersuchung vorgenommen, die das Ergebnis hatte, daß, wie der „Deutsche Rundschau“ berichtet wird, der 34jährige Beamte B. unter dem Verdacht der Unterschlagung von Postsenden verhaftet wurde.

\* Turowo Hauland bei Pinne, 27. Januar. Am 21. d. Ms. feierten hier der Altstädter Karl Friedrich Wilhelm Siede und seine Frau, geb. Bruck, gebürtig aus Ruschlin, das Fest der Goldenen Hochzeit. Vor fünfzig Jahren wurden sie in der Schule zu Ruschlin vom Pfarrer Aß getraut. Jetzt segnete das Jubelpaar Pfarrer Warnke aus Duschnik ein. Dieser überreichte auch ein vom Evangelischen Konistorium in Posen ausgestelltes Ehrendiplom. Freiherr von Massenbach aus Pinne überreichte im Namen des Gemeindeverbandes eine Bibel. Der Jubilar ist 80 Jahre alt, die Brautjung noch ganz jung; 68 Jahre; beide sind körperlich und geistig noch recht frisch und gesund. Etwa 40 Festgäste waren erschienen, darunter alle sechs Kinder der ehrenwürdigen Eltern.

### Briefblätter der Schriftleitung.

Auskünfte werden unter den Seiten gegen Einwendung der Bewilligung unentbehrlich, über ohne Gewähr ertheilt. Jeder Auftrag ist ein Briefumschlag mit freiem Platz für eventuellen schriftlichen Beantwortung beizulegen.

Sprechstunden der Schriftleitung: nur werktäglich von 12—1½ Uhr.

Fr. L. in Kr. Da Sie 1906 geboren, mithin 19 Jahre alt sind, dürfen Sie ohne Erlaubnis des Bezirkskommandos nicht mehr abwanderen. Das Posener Bezirkskommando (Komenda obwodowa) befindet sich in Posen, ul. Marcelińska (ir. Marceliński Weg).

R. G. in Kr. 1. Hypotheken auf ländlichen Grundstücken brauchen erst zum 1. Januar 1927 zurücksgezahlt zu werden. 2. Reisetaufzettel werden höher als mit 15 Prozent bis zu 50 Prozent aufgewertet.

B. Sch. in D. 1. In den Worten „in polnischer Valuta gezahlt“ kann ein Vorbehalt erblickt werden, so daß Sie zur Nachzahlung gezwungen werden können. 2. Falls die 6000 Mark nicht ausdrücklich als Reisetaufzug eingetragen sind, hat die Gläubigerin nur Anspruch auf eine 10prozentige Aufwertung. 3. In diesem Falle haben Sie Anspruch auf vorbehaltlose Löschung. 4. Von einer nachträglichen Aufwertung der bereits gezahlten Brüten kann keine Rede sein. 5. So weit sich die Sache bisher übersehen läßt, ja. 6. Die 900 Goldmark sind bei einem Einheitsfeste von 1.23 in Bloß umzuwerten.

M. G. in Bn. Sie sowohl, wie Ihr Bräutigam müssen sich wegen der Frage der zur Verheiratung erforderlichen Papiere an die zuständigen Standesämter wenden.

A. Sch. in G. Sie schreiben uns, wir möchten Ihnen sämtliche Redaktionen von deutschen Zeitungen jenseits, d. h. auf deutscher Seite, mitteilen. Wir können Ihren Wunschen nicht entsprechen, da Sie uns etwas ganz Unmögliches zumuteten.

A. L. 1. Wenn Sie als polnischer Staatsbürgerin deutscher Nationalität nach Deutschland abwandern wollen, müssen Sie den Nachweis führen, daß Sie hier keine Existenzmöglichkeit mehr haben. 2. Ihrem Sohne, der 20 Jahre alt und mithin militärfreiwillig ist, wird die Erlaubnis zur Abwanderung zweifellos nicht erteilt werden.

E. L. in Em. Nach dem jetzigen Stande der Dinge ist Ihre Befürchtung ganz unbegründet.

A. B. C. Für Renten ist ein bestimmter Prozentsatz nicht vorgeschrieben. Aufwertung ist also bis zum vollen Goldwert möglich. Für die Höhe der Aufwertung gibt die Aufwertungsverordnung vom 14. 5. 1924 in § 29 nur gewisse Richtlinien.

Eine Landwirtschaft, 60 morgen, mit vollem Inventar, und eine Landwirtschaft, 24 morgen, ohne Inventar, gute massive Gebäude, vom Besitzer zu verkaufen. Ges. off. unt. M. 2534 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Geldschrank (Steiner), gut erhalten, zu verkaufen. Angeb. u. M. 2441 an d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Fabrikkartoffeln  
Speisekartoffeln  
kaufe zu höchsten Tagespreisen  
und erbitte Angebote  
Emil Blum, Opalenica. Tel. 83.

Einen eleganten  
Herrenpelz  
verkaufe ich für einen Schleuderpreis  
Ul. Fr. Ratajczaka 3.  
1. Etage links.

Landwirtschaft,  
im Kreise Kołoszyn, 15 Mrq



# Dort kauft man für wenig Geld TANISKLEP

Inh.: Edmund Rychter, Poznań

1. ul. Wrocławskiego 15. Tel. 54-25.  
2. ul. Wrocławskiego 14. Tel. 24-71.



Stadtbehandte Qualitäten zu billigsten Preisen.



Sind Käufer für:  
Seradella  
Peluschken  
Wicken

gelbe und blaue Lupinen

Ernte 1924, in Waggonladungen u. bitten um Angebote.  
An Sämereien haben ab unserem Lager abzugeben:

Prov. Luzerne, Rotklee, Weißklee  
Gelbklee, Raygras, Timothe.

Landw. Hauptgesellschaft, Poznań  
Tel. 4291. Sämereien-Abteilung. Tel. 4291.

Ausdrucken!

Ausdrucken!

## Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für den Monat Februar 1925

Name .....

Wohnort .....

Postanstalt .....

Strasse .....

## Herren-

und Knaben-Anzüge, Paletots, Regenmäntel, Sportjoppen, Anzüge für Motorfahrer, Seidenwesten, Beinkleider, Reithosen, Jackets, Smokings, Fracks.

## Stoffe

aus bekannten in- u. ausländisch. Fabriken, Tuche, Bostons, Kammgarne, Gabardine in allen Farben und Qualitäten, Futterstoffe, englische Cords, Manchester zu Wagenpolstern

## Herren-

Anzeige nach Mass unter Leitung akademisch ausgebildeter Zuschneider bei billigster Preiskalkulation. Garantie für tadellosen Sitz. Hier zeigen wir, was wir leisten; bitte sich davon zu überzeugen.

**Konkurrenzlose Preise!**  
**Riesenwahl! Besichtigung der Läden ohne Kaufzwang!**



Stadtbehandte Qualitäten zu billigsten Preisen.



Sind Käufer für:  
Seradella  
Peluschken  
Wicken

gelbe und blaue Lupinen

Ernte 1924, in Waggonladungen u. bitten um Angebote.  
An Sämereien haben ab unserem Lager abzugeben:

Prov. Luzerne, Rotklee, Weißklee  
Gelbklee, Raygras, Timothe.

Landw. Hauptgesellschaft, Poznań  
Tel. 4291. Sämereien-Abteilung. Tel. 4291.

Ausdrucken!

Ausdrucken!

## Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für den Monat Februar 1925

Name .....

Wohnort .....

Postanstalt .....

Strasse .....

## Herren-

und Knaben-Anzüge, Paletots, Regenmäntel, Sportjoppen, Anzüge für Motorfahrer, Seidenwesten, Beinkleider, Reithosen, Jackets, Smokings, Fracks.

## Stoffe

aus bekannten in- u. ausländisch. Fabriken, Tuche, Bostons, Kammgarne, Gabardine in allen Farben und Qualitäten, Futterstoffe, englische Cords, Manchester zu Wagenpolstern

## Herren-

Anzeige nach Mass unter Leitung akademisch ausgebildeter Zuschneider bei billigster Preiskalkulation. Garantie für tadellosen Sitz. Hier zeigen wir, was wir leisten; bitte sich davon zu überzeugen.



Stadtbehandte Qualitäten zu billigsten Preisen.



Sind Käufer für:  
Seradella  
Peluschken  
Wicken

gelbe und blaue Lupinen

Ernte 1924, in Waggonladungen u. bitten um Angebote.  
An Sämereien haben ab unserem Lager abzugeben:

Prov. Luzerne, Rotklee, Weißklee  
Gelbklee, Raygras, Timothe.

Landw. Hauptgesellschaft, Poznań  
Tel. 4291. Sämereien-Abteilung. Tel. 4291.

Ausdrucken!

Ausdrucken!

## Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für den Monat Februar 1925

Name .....

Wohnort .....

Postanstalt .....

Strasse .....

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für die Monate Februar-März 1925

Name .....

Wohnort .....

Postanstalt .....

Strasse .....

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für die Monate Februar-März 1925

Name .....

Wohnort .....

Postanstalt .....

Strasse .....

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für die Monate Februar-März 1925

Name .....

Wohnort .....

Postanstalt .....

Strasse .....

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für die Monate Februar-März 1925

Name .....

Wohnort .....

Postanstalt .....

Strasse .....

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für die Monate Februar-März 1925

Name .....

Wohnort .....

Postanstalt .....

Strasse .....

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für die Monate Februar-März 1925

Name .....

Wohnort .....

Postanstalt .....

Strasse .....

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für die Monate Februar-März 1925

Name .....

Wohnort .....

Postanstalt .....

Strasse .....

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für die Monate Februar-März 1925

Name .....

Wohnort .....

Postanstalt .....

Strasse .....

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für die Monate Februar-März 1925

Name .....

Wohnort .....

Postanstalt .....

Strasse .....

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für die Monate Februar-März 1925

Name .....

Wohnort .....

Postanstalt .....

Strasse .....

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für die Monate Februar-März 1925

Name .....

Wohnort .....

Postanstalt .....

Strasse .....

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für die Monate Februar-März 1925

Name .....

Wohnort .....

## Die Übereichung der Zwischennote der Alliierten wegen der Nichträumung Kölns.

Die endgültige Note folgt.

Nach einer W. L. B.-Meldung haben die Botschafter Englands, Frankreichs und Japans, der belgische Gesandte und der italienische Geschäftsträger heute mittag 12½ Uhr im Auftrag ihrer Regierungen dem Reichskanzler eine neue Kollektivnote über die Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandzone übergeben. Der englische Botschafter erklärte bei der Übergabe der Note, daß sie eine Antwort der verbündeten Regierungen auf die deutsche Note vom 6. Januar darstelle. Er fügte hinzu, daß die verbündeten Regierungen beachtigen, eine weitere dritte Note ausführlicher Inhalts so bald wie möglich der deutschen Regierung zukommen zu lassen.

Der Reichskanzler nahm die Note entgegen und erklärte, daß er von ihrem Inhalt Kenntnis nehmen und sofort eine Beschlusssitzung des Kabinetts darüber herbeiführen werde. Er fügte hinzu, die Reichsregierung habe allerdings erwartet, daß sie in dieser äußerst wichtigen Angelegenheit nicht noch einmal eine vorläufige Mitteilung der verbündeten Regierungen, sondern das angekündigte Material erhalten würde, mit dem die Nichträumung der nördlichen Rheinlandzone begründet werden sollte. Er nehme Kenntnis von der Erklärung des englischen Botschafters, wonach die verbündeten Regierungen der Reichsregierung dieses Material so bald wie möglich zugehen lassen wollen. Er könne aber nur noch einmal dem dringenden Verlangen Ausdruck geben, daß dem gegenwärtigen Schwebefall nunmehr alsbald ein Ende gemacht werde.

### Der Inhalt der Note.

Die alliierten Regierungen haben von der von Herrn Dr. Strelmann am 6. Januar an die alliierten Vertreter überreichten Note Kenntnis genommen, wonach die frühere Note der alliierten Regierungen beantwortet wurde, die sich auf die Durchführung der Bestimmungen des Artikels 429 des Friedensvertrages über die Belebung des als "Kölner Zone" bezeichneten Teiles der von alliierten Truppen besetzten rheinischen Gebiete bezog.

Die alliierten Regierungen haben im gegenwärtigen Augenblick nicht die Absicht, mit der deutschen Regierung in eine Größerung dieser Angelegenheit einzutreten oder sich auf Behauptungen einzulassen, die sie in keiner Weise anerkennen können. Wie sie der deutschen Regierung bereits in ihrer Kollektivnote vom 5. Januar mitgeteilt haben, werden sie ihnen später eine neue Mitteilung zufügen, die feststellt, welche Maßnahmen sie von Deutschland noch erwarten, damit seine Verpflichtungen im Sinne des Artikels 429 des Vertrages von Versailles als getreulich erfüllt angesehen werden können. Die alliierten Regierungen haben die Absicht, diese Mitteilung zu einem möglichst nahen Zeitpunkt zu machen.

Schon jetzt müssen sie die deutsche Regierung aber darauf hinweisen, daß diese die Tragweite des Artikels 428/29 des Vertrages von Versailles zu verkennt scheint. Diese Artikel haben die Dauer der Besetzung der rheinischen Gebiete auf 15 Jahre festgesetzt und haben eine Ablösung dieser Frist nur für den Fall vorgesehen, daß Deutschland die Bedingungen des Vertrages von Versailles getreulich erfüllt. Da gewisse Bestimmungen des Vertrages nicht getreulich erfüllt worden sind (1), können die alliierten Regierungen sich nur an die Vertragsbestimmungen halten.

Es ist jetzt an Deutschland, durch Erfüllung seiner Verpflichtungen die alliierten Regierungen instand zu setzen, in dem Besetzungsregime die im Artikel 429 vorgesehene Milde zu treten zu lassen. Die alliierten Regierungen haben ihrerseits die Absicht, die Bestimmungen dieses Artikels aufzunehmen zu erfüllen.

## Dr. Luther über seine Pläne.

### Die Regierung eine Fachregierung.

Dr. Luther hatte, wie aus Washington gemeldet wird, eine Unterredung mit dem Korrespondenten der "Chicago Daily News". Im Verlauf der Rede erklärte der Reichskanzler Dr. Luther: Das neue deutsche Kabinett hätte seine gesamte äußere und innere Politik auf den Dawes-Plan. Es könne darum von irgendwelchem Kurswechsel keine Rede sein. Die neue Regierung werde bemüht sein, möglichst freundliche Beziehungen zu allen Bölkern zu unterhalten, wobei keine Nation ausgeschlossen sei. Dr. Luther verwarnte sich mit aller Einsichtlichkeit dagegen, Chauvinist und Nationalist zu sein. Er sei lediglich einer Regierung von Fachmännern, deren wichtigste Aufgabe es sei, an die Arbeit zu gehen, und das deutsche Volk auf den Wegen des Friedens weiterzuführen. Es sei darum besonders wichtig eine friedliche Verständigung mit dem Ausland herzustellen. Innerpolitisches betrachte er die Weimarer Verfassung als Grundlage seiner Politik. Sein Kabinett sei aus sozialem Gebiete keineswegs reaktionär, was ja schon durch die Arbeitskundenverordnung erwiesen sei. Es werde eine liberale Sozialpolitik befolgt werden. Vor allem werde bei der Verteilung der Steuerlasten die soziale Gerechtigkeit entscheidend ins Gewicht fallen. Die wirklich Armen sollen geholfen werden. Diese Erklärung Luthers, die einen kurzen Inhalt seines Regierungprogramms darstellt, wird in den amerikanischen Blättern am ersten Sende veröffentlich und gut kommentiert.

## Ein Führer der deutschen Volkspartei über die Regierungskrise in Preußen.

Der Führer der Deutschen Volkspartei im preußischen Landtag, Dr. v. Campe, hat einem Vertreter der "Düsseldorfer Zeitung" seine Auffassung über die Lage in Preußen dargelegt und zum Schlusse die Frage: Was wird nun werden? dahin beantwortet:

Die Lösung der Krise wird nicht leicht sein. Damit haben wir aber selbstverständlich gerechnet. Jeder von uns ist sich darüber klar gewesen, daß nach der ganzen Zusammensetzung des Hauses die eigentlichen Schwierigkeiten erst beginnen müsten, wenn es gelang, den ersten Schlag zu führen und durch den Sturz des Kabinetts Braun die Fahne freizumachen. Es wird jetzt ein Prüfstein der staatspolitischen Gesinnung des Zentrums, der Demokraten und auch der Sozialdemokraten sein, daß sie den Bogen nicht überspannen. Man soll doch nicht glauben, daß es möglich wäre, die Regierungskrise von heute auf morgen zu lösen. Das hat erst recht seine Schwierigkeit in einem Lande wie Preußen, das keinen Staatspräsidenten hat, und in dem niemand vorhanden ist, der alles nun in seine Hand nehmen kann. Es ist unter diesen Umständen viel wichtiger, die Entscheidung in Ruhe und Besonnenheit heranzutragen, viel wichtiger als der Versuch, der jetzt wohl von den Minderheitsparteien gemacht wird, durch Druck eine rasche Entscheidung herbeizuführen. Das könnte leicht zu Entschlüssen führen, die man rasch bereut. Ich habe längst in einem Zentrumsblatt die Versicherung gelesen, das Zentrum lasse sich bei allen seinen Handlungen ausschließlich von staatspolitischen Erwägungen und niemals von Erwägungen parteipolitischer Art bestimmen. Man wird jetzt in Preußen Gelegenheit haben zu beobachten, ob das Zentrum sich wirklich von solchen Gesichtspunkten leiten läßt.

## Deutsches Reich.

### Die evangelischen Kirchenwahlen in Preußen.

Berlin, 27. Januar. Am Sonntag waren im gesamten Umkreis der evangelischen Kirche der altpreußischen Union Neuwahlen zu den kirchlichen Gemeindeläufen (Gemeindekirchenrat und Gemeindevertretung). In Groß-Berlin sind die Wahlen ohne Störung verlaufen. In 48 von 77 Gemeinden des

Berliner Stadtbezirks, ebenso in zahlreichen Vororten, wo nur ein Vortrag eingereicht war, fand ein besonderer Wahlgang nicht statt. Die hier zustande gekommenen Einheitslisten weisen Vertreter der verschiedensten kirchlichen und politischen Richtungen auf. In den übrigen Gemeinden war die Wahlbeteiligung recht lebhaft. Sie steigerte sich an einzelnen auf 70 bis 75 v. H. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen sind 393 Positive, 145 Liberale, 1 Bund für deutsche Kirche, 9 kirchliche Arbeitsgemeinschaften und 4 religiöse Sozialisten gewählt.

### Zusammenstoß bei einer Fahnenweihe.

Dresden, 27. Januar. Gestern kam es bei einem Fahnenfest des Stahlhelm und Wermuth in Pirna zu Zusammenstößen zwischen den bürgerlichen Verbänden und Kommunisten über 2000 Angehörige der bürgerlichen Verbände hatten sich zusammengefunden, die am Nachmittag einen Festzug durch die Hauptstraßen der Stadt ausführten. Hierbei ereigneten sich die Zwischenfälle, da die Kommunisten ihre Anhänger durch einen Aufruf aufgerufen hatten, einen Gegenzug zu bilden, der sich dem Festzug entgegenstellte. Dabei entwickelten sich Reibereien, in denen Verluste etwa 17 Personen zum Teil schwer verletzt wurden.

### Eine studentische Tagung in Danzig.

In der Zeit vom 2. bis 4. Februar findet in Danzig ein Kreisitag der Deutschen Studentenschaft statt, an dem die Vertreter der Kreise I (Alt-Breisig) einberiefen Universität und Handels- hochschule Königsberg, der Akademie Braunsberg und der Technischen Hochschule Danzig, sowie außer mehreren anderen Berliner Herren auch der 1. Vorsitzende der Deutschen Studentenschaft teilnehmen werden.

### Eine Familie verbrannt.

Neumarkt (Oberschlesien), 27. Januar. In Reichertshofen brach in der Nacht in der Scheune des Wamitz Marz Feuer aus, das auf das Wohnhaus übergriff. Marz, seine Frau und seine beiden Söhne sind umgekommen.

### Exhumierung Denkes.

Wie ein Bericht aus Breslau meldet, ist die Leiche des Massenmörders Denke in Münsterberg ausgegraben und nach Breslau übergeschafft worden, um dort wissenschaftlich untersucht zu werden.

## Über den russisch-japanischen Vertrag.

Zu den Einzelbestimmungen des russisch-japanischen Vertrages werden jetzt von amtlicher russischer Seite weitere Veröffentlichungen vorgenommen. Danach sieht der Vertrag die volle Wiederaufnahme der konsularischen und diplomatischen Beziehungen vor. Verträge und Konventionen, die zwischen Russland und Japan vor dem November 1917 abgeschlossen wurden, außer dem Vertrag von Portsmouth, sowie die Fischereikonvention unterliegen der Revision durch eine besondere Konferenz. Vorgesehen ist der Abschluß von Verträgen über Handel und Seeschifffahrt. Der Außenhandel wird ohne Schädigung des anderen Vertrags schließend nach eigenen Rechten geregelt. Die Parteien sollen keine unterschiedliche Behandlung durch irgend welche Verbote oder Beschränkungen gegenüber dem Partner, die die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen fördern können, vornehmen. Sie beschließen, sich gegenseitig die Meistbegünstigung zu gewähren.

Zur Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten wird von der Sowjetregierung Japan die Ausbeutung von Bodenschäften in der Union der SSSR überlassen. Über diesen Punkt ist ein Protokoll beigelegt, demzufolge die Union der SSSR bereit ist, Japan eine Konzession zur Ausbeutung von 50 v. H. der bereits von Japan bearbeiteten Naphthaquellen des nördlichen Sachalin anzuhemzustellen. Das ganze Naphthaquellengebiet soll in Quadrate eingeteilt werden, und die Hälfte dieser Quadrate soll Japan für die weitere Ausbeutung übergeben werden. An den übrigen Quadranten haben, falls die Gebiete nicht von der Union der SSSR ausgebaut werden, sowohl die Japaner wie auch andere ausländische Konzessionäre gleiches Recht. Weiterhin ist Japan berechtigt, Forschungen in den Naphthaquellengebieten der östlichen Sachalin zu innerhalb einer zehnjährigen Frist auf einem Gebiet von 1000 Quadratmetern durchzuführen, wobei 50 v. H. der aufgefundenen Naphthaquellen Japan in Gestalt einer Konzession aufzufallen. Die Union der SSSR vergibt an Japan Kohlenkonzessionen an der Westküste von Nord-Sachalin. Das Gebiet wird noch genau bestimmt werden. — Wir betonen schon des öfteren die Befürchtungen, die Amerika und England wegen dieser Entwicklung um ihre gefährdeten Interessen hegen.

## Zum Regierungsturz in Chile.

In den letzten Tagen kamen Meldungen aus Chile, daß dort eine Militärrevolution ausgebrochen sei. Jetzt wird aus Santiago de Chile über New York folgendes verlautbar: Die Regierung Junta ist zurückgetreten, nachdem eine Gruppe junger Offiziere den Monedalspalast, den Sitz der höchsten Behörden, besetzt hat und Truppen den Palast umzingelt haben. Eine neue Regierung Junta ist gebildet worden. Präsident Alessandria ist dringend aufgefordert worden, aus Italien zurückzukehren und die Präsidentschaft wieder zu übernehmen. Zu Ausschreitungen ist es sonst nicht gekommen.

## Aus anderen Ländern.

### Die Wirkung der deutschen Note.

London, 28. Januar, 8.10 Uhr. Alle Blätter veröffentlichen den Wortlaut der gestern überreichten deutschen Note zur Räumungsfrage. Der Kölner Berichterstatter der "Morning Post" erklärt vor amtlichen Quellen, daß der Oberbefehlshaber der britischen Rheinarmee sich gestern abend nach London begeben sollte und daß sein Besuch unmittelbar mit dem Schicksal des britischen Belebensheeres zusammenhänge. Der General wolle wie in militärischen Kreisen berichtet, in der ersten Februarwoche zurückkehren und werde dann in der Lage sein, eine endgültige Mitteilung über die zukünftige Bewegung des britischen Rheinheeres abzugeben.

### Rheinschiffahrt.

Paris, 28. Januar, 8.10 Uhr. In Straßburg haben sich gestern die französischen Meine-Kräfte zu einem Zusammenschluss vereinigt, um die allgemeinen Interessen der französischen Rheinschiffahrt zu schützen und zu verteidigen.

### Vom Krieg bei Shanghai.

London, 28. Januar, 8 Uhr 10 Min. Aus Shanghai wird gemeldet, die Truppen des Marschalls Schi haben in der Nähe der Brücke über den Taotie eine völlige Niederlage erlitten und seien im Rückzug auf Shanghai.

### Weiterer Rückgang des Franken.

Rotterdam, 28. Januar. Der "Courant" meldet aus New York: Im Anschluß an die Rede des Senators Vorah wurde von Senator Johnson und 13 anderen Senatoren eine Motion im Senat eingebracht, die von dem Präsidenten die Regelung der Kriegsschuldenfrage bis Ende 1925 verlangt und ferner ein Verbot der Kredithergabe an solche europäische Staaten, die keine Regelung ihrer Kriegsschulden an Amerika bis 1. August dieses Jahres vornehmen. Die Motion kommt in kommender Woche zur Abstimmung. An der New Yorker Sonnabend-Börse setzte sich der Rückgang des französischen Franken fort.

### Ägypten und England.

Kairo, 27. Januar. In einer Erwidерung auf die Note des britischen Oberkommissars Allenby über die Bildung einer sudanesischen Schutztruppe, erklärte der Premierminister Bisar Pascha, er bedauere diese Aktion und vertraue darauf, daß sie nicht durchgeführt werde.

Er erklärte, daß die ägyptischen Vorbehaltserklärungen von Rechts wegen bestanden und betonte, daß alle Ereignisse, die aus der Zurückziehung der ägyptischen Truppen vom Sudan oder der Schaffung einer sudanesischen Schutztruppe folgen, die endgültige Löschung der sudanesischen Frage nicht beeinflussen könne, daß diese vielmehr sämtlichen Verhandlungen vorbehalten bleiben müssen. Das Bando, das Ägypten und den Sudan vereinigte, könne nicht zerissen werden.

### Coolidges eigne Wege.

Paris, 24. Januar. Zu dem Gerücht, daß Präsident Coolidge eine neue Abrüstungskonferenz einzuberufen beabsichtige, glaubt das "Prest Journal" mittleren zu können, daß Herrriot sich an die Erklärung halte, die er hierüber in Genf abgegeben habe. Der Ministerpräsident sei übrigens der Ansicht, daß Coolidge nicht eher eine derartige Konferenz einberufen wolle, als bis der Bündesrat in dieser Frage eine Entscheidung getroffen habe. Sollte jedoch der Gedanke einer derartigen Konferenz bereits vorher zur Förderung gestellt werden, so würde Herrriot sich seine Antwort bis nach der Entscheidung des Bündesrates vorbehalten.

### Frankreich will an Amerika zahlen.

New York, 27. Januar. Der neue französische Botschafter Daescher, der auf dem Dampfer "Paris" in New York eintraf, erklärte zur Schuldenfrage: "Selbstverständlich wird Frankreich seine Schulden an Amerika zahlen; zur Erörterung stehen nur die Zahlungsbedingungen. Die öffentliche Meinung in Frankreich besteht darauf, daß Frankreich seine Verpflichtungen in vollem Ausmaß erfüllt." Es fragt sich nur, wann und wie.

### Bombenexplosion in Lissabon.

Lissabon, 26. Januar. Das Lissaboner Rathaus ist durch eine Bombenexplosion erheblich beschädigt worden. Man nimmt an, daß das Attentat von städtischen Arbeitern verübt worden ist, die sich zur Zeit wegen ihrer Lohnfragen mit den Mitgliedern des Municipalsrates in Konflikt befinden.

### Schlechter Saatenstand in Ungarn.

Budapest, 27. Januar. Die abschreckenden Witterungsverhältnisse dieses Winters haben in Ungarn zu schweren Schäden für die Winterarten geführt. Aus allen Teilen des Landes kommen Nachrichten, daß sich infolge der außerordentlichen Trockenheit Mäuse und anderes Ungeziefer in erschreckendem Maße vermehrt haben und zu einer ernsten Gefahr für die Saaten werden. Es sollen bisher etwa 60 v. H. der Winterzaat durch Mäusefraß und andere Schädlinge vernichtet worden sein. Der Weizenpreis ist bereits um 10 000 Kronen auf 620 000 Kronen für den Doppelzentner gestiegen.

## Letzte Meldungen.

### Eine englische Stimme.

London, 28. Januar (10 Uhr). "Westminster Gazette" schreibt, der von der Lutherregierung vorgeschlagene deutsch-französische Sicherheitspakt könne keineswegs als unverbindlich abgetan werden, habe vielmehr, da er nicht von einer gemäßigteren Regierung ausgehe, erhöhte Bedeutung und weise auf eine weit ausgedehntere Politik hin, als jeder der von der Alliierten unternommenen Schritte. Das Erstaunlichste sei, daß dieser deutsche Vorschlag in einer Zeit erfolgte, in der die Alliierten in die zynische Stimmung zurückgefallen zu sein scheinen, denn aufgefordert, die zur Begründung der Nichträumung aufgestellten Behauptungen zu beweisen, hätten die Alliierten ihre Zuflucht zu vor malen Wendungen nehmen müssen, die die Tatsache zu verheimlichen versuchten, daß man das Beweismaterial noch nicht zusammengebracht hätte, das notwendig sei, um ihre Aktion gleichmäßig zu machen. Dies sei ein unerklärlicher Zustand und liege auf eine Leichtfertigkeit in der Behandlung eines Vertrages abzüglich, der England ebenso bindet wie Deutschland. Dieser Zustand sei für Deutschland ebenso schimpflich, wie für Deutschland von früher Vorbedeutung. Auch in dem Vorgehen gegen Krupp sehe man dieselbe Willkür.

### Frankreichs Stimmen.

Paris, 28. Januar (9 Uhr). Die Note der deutschen Regierung über die Nichträumung der Kölner Zone wird von der heutigen Morgenpost gebracht. Eine Reihe von Blättern, darunter auch das "Oeuvre" und der "Matin", können sich jedoch nicht entschließen, den vollständigen Text dieses Dokuments ihren Lesern zu unterbreiten. Der "Matin" kritisiert die Note und schreibt der deutschen Antwort einstweilen das Recht auf Polemik ab. Es sei in wahr scheinlich, daß die Botschafterkonferenz in etwa 14 Tagen im Besitz des endgültigen Vertrags der interalliierten Militärkontrollkommission sei und deshalb den Text des Dokumentes abwarten werde, das Deutschland Bekundigung geben werde, eine Bekundigung, die gewiß durch die Beweise verhindert werden würde, die der öffentlichen Meinung der Welt davon geliefert werden, daß das Reich nicht in dem Maße abgerüttelt habe, wie es heute geschehen müsse und wie der Reichsausßenminister es gestern behauptet habe.

### Die deutsche Partei in Belgrad.

Budapest, 28. Januar (10 Uhr 45 Min.). Der Ausschuss der Deutschen Partei hält, wie aus Belgrad gemeldet wird, in Semlin eine Konferenz ab und veröffentlicht eine Erklärung, in der die Meldepflicht von dem Abschluß eines Vertrages zwischen der Deutschen Partei und Serbien als unzählig gekennzeichnet wird. Die Regierung in Belgrad wird in dieser Erklärung aufgefordert, die Unwahrheit dieses Vertrages zu veröffentlichen. Außerdem wird die Frage gestellt, ob die Verbreitung solcher Meldungen den Behörden vielleicht Gelegenheit geben sollte, der Deutschen Partei die Ausübung der politischen Rechte unmöglich zu machen.

### Das Leningeschwader.

In Leningrad fand die feierliche Überreichung von 18 Flugzeugen, die auf Bemühungen der Bundesorganisationen gebaut worden sind, an die Leitung der Luftrichterflotte des Petersburger Bezirks statt. Diese Flugzeuge werden das sogenannte Leningeschwader bilden.

### Ein Dementi.

(Pat.) Reuter ist ermächtigt, die aus deutschen Blättern herführende Nachricht, daß England angeblich die Kölner Zone räumen müsse, kategorisch zu bestreiten. Diese Angelegenheit hat interalliierten, nicht über englischen Charakter. Die am Montag eingehändigte Note bestimmt klar, daß England in der Angelegenheit der Räumung Kölns nichts tun werde, bevor nicht die Ver

Mein lieber Mann, unser guter Vater,  
Schwiegervater und Großvater  
**Salomon Zuder**  
ist heute sanft entschlafen.

Strzelno, den 26. Januar 1925.  
Im Namen der Hinterbliebenen

**Ernestine Zuder**

geb. Basznits.

Beisetzung am Donnerstag, dem 29. Januar,  
nachm. 3½ Uhr.

ausnahmeofferte



Kur für P.T. Konsumenten!

Zu äußerst niedrigen Preisen und sehr bequemen Zahlungsbedingungen haben wir zur sofortigen Lieferung abzugeben in Partien nicht unter 300 Tonnen größere Mengen oberschlesischer Steinkohlen Tiefbaukohlen ersterklassiger Qualität. Bei Anfragen bitten wir anzugeben benötigte Mengen und Sortimente.

**BONA & Co., Mikołów**

Poln. Oberschlesien.

**Kalidüngesalz 20—42%**

**Thomasmehl, Superphosphat**

für prompte u. spätere Lieferung.  
Regulierung nach Vereinbarung.

**Emil Blum, Opalenica**  
Telephon 33.

**Kieferne Schwellen** (gebeilte la Ware),  
alle 4 Seiten à 2,60 Meter 16×26 cm 16×24 cm, 1200 Stück,  
gebeilt: à 2,50 Meter 13×25 cm 14×24 cm 15×23 cm 2000 Stück,  
à 1,80 Meter 18/20 breit 14/15 cm hoch, 3000 Stück,  
2 Seiten rund à 1,50 Meter 16/18 cm breit 13/14 cm hoch, 2000 Stück,  
verkauf billigt franco Wagon Kłosowice bei Sieraków gegen  
Kasse nach 3 Wochen oder bisfonfähig Wechsel.

**Holzgeschäft G. Wilke, Poznań,**  
ul. Sew. Mielżyńskiego 6.

**Makulatur**  
**weiße starke Bogen**  
mit Druck, Formate 46×59  
hat abzugeben

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.  
Zwierzyniecka 6.

**Fuchs-**  
11 b



**Eisen**  
11 b

Witterung  
haben bei

**Max Wurm, Büchsenmacher,**  
Poznań, ul. Wjazdowa 10a. Tel. 2664.

**Holzkohle,**  
gebrannt aus frischem Kiefernholz, verkaufen gros u. en détail  
**Fa Drzewo Grodzisk T. z o. p.**  
Porąby, pow. Grodzisk.

**Zu kaufen gesucht Spitz,** rasserein, bis  
ein Jahr alt.  
Offerte mit Preisangabe zu richten an  
**B. Rauhut, Kaczanowo, p. Wrześni.**



**Techn. u. Bau-Messe v. 1. bis 11. März**

**Größte u. älteste Internationale Messe der Welt**  
für Einkäufer und Aussteller gleich wichtig.  
Auskunft erteilt und Anmeldungen nimmt entgegen

**OTTO MIX, POZNAN,**  
ul. Kantaka 6a. Telephon 2396.

## Arbeitsmarkt

Leistungsfähige ausl. Fabrik für kleine Lederwaren sucht einen bei der einschlägigen Kundschaft best eingeführten

**VERTRETER.**

Gesl. Anträge mit Angabe der bisherigen Tätigkeit, Referenz und Anspr. unt. Chiffre „Seriös P. W. 1072“ an Rudolf Mosse, Warschau, Marszałkowska 124.

**Wir suchen**  
einen älteren, zuverlässigen  
**Akzidenzsetzer**  
als  
**Abteilungs-Vorsteher**  
für unsere Buchdruckerei.

Wirklich tüchtigem, arbeitsfreudigem Manne bietet sich hier Gelegenheit, Faktor zu werden.  
Dauerstellung. Hohe Bezahlung.  
Antritt baldmöglichst.

**Papierodruk**

Buch- u. Steindruckerei :: Buchbinderei  
Poznań, Aleje Marcinkowsk. 6.

## Eleve gesucht!

Zum 1. 4. eventl. früher bietet sich evangl. jungem Manne aus guter Familie in einem größeren vielseitigen Wirtschaftsbetriebe Gelegenheit zur gründl. Erziehung der

**Landwirtschaft.**

Bedingung viel Lust und Liebe zum Beruf.

Anstr. Adm. Wiesner, Wierzonka p. Kobielnica, pow. Poznań.

Wir suchen zum baldigen Eintritt einen  
**Lehrling.**

Nur Söhne ehbarer Eltern mit guter Schulbildung kommen in Frage.

**Schiller & Beyer,**  
Maschinen und Eisenwaren für die Landwirtschaft,  
Poznań, ul. Towarowa 21.

**Kellnerlehrling,**  
Sohn ehbarer Eltern, der deutschen und polnischen Sprache mächtig, zum soj. Antritt gesucht.

**Hotel FOEST, Leszno.**

## Spielplan des Großen Theaters.

Mittwoch,	den 28. 1. „Carmen“.
Donnerstag,	den 29. 1. „Dihello“.
Freitag,	den 30. 1. „Die lustigen Weiber vor Windsor“.
Sonnabend,	den 31. 1. „Legenda Balzyku“.
Sonntag,	den 1. 2. nachm. 3 Uhr „Orpheus in der Unterwelt“.
Sonntag,	den 1. 2. abends 7½ Uhr „Halsa“.
Montag,	den 2. 2. „Mignon“.

Die Verlobung mit dem Uhrmacher Herrn Otto Foth, Kraatzwiegko 15, Lösch. Marie Schiller.

**Übersehung!**  
Haben Sie was zu überseien?  
Wollen Sie deutsche oder poln. Literatur - Werke ausgeben?  
übernehme auch auswärtige Arbeiten. Off. unt. 2504 an die Geschäftsst. d. Blattes erb.

**Wohnungen**

**Zwei möbl. Zimmer,**  
Rähe d. Botanischen Gartens, per sofort zu vermieten, eventl. zusammen, ob getrennt. Nähe: Hennig, Poznań, Siemiradzki 8 I.

**Möbliertes Zimmer** zu vermieten Glogowska 98. Gartenh. III.

**Möbliertes Zimmer** an besseren Herren von sofort ob. 1. 2. 25 zu vermieten. Zupański 21. 3. Et. rech. (Wilda).

**Ein Zimmer frei** Wietzbiecze 18. Gartenhaus. Bochel.

**Möbl. Zimmer** zu vermieten ohne Betten und Wäsche. Poznań, Skarbowa 15 II.

**Möbl. Dönerzimmer** an berufstätiges Fräulein bei deutscher Familie per bald z. verm. Gesl. Off. unt. 2544 an die Geschäftsst. dieses Blattes erb.

Junger Baubeamter sucht möbliertes Zimmer mit Heizung per 1. Februar. Angebote unter M. 2524 an die Geschäftsst. d. Blattes erb.

Auswärtige Fabrik sucht möglichst im Zentrum der Stadt 2 leere Räume

für Büro Zweck jedoch nicht höher als 1 Etage. Instandsetzung auf eigene Kosten.

Angebote unter 2531 an die Geschäftsst. dieses Blattes erbeten.

## Förster oder Holzfachleute

die mit dem Einschlag, sowie Ausarbeiten von Grubenholz vertraut sind

## sofort gesucht.

Zuschreiten unter G. S. 2548 a. d. Geschäftsst. d. Blattes.

Gesucht tüchtiger, verheirateter **Brennerei-Verwalter** (nur Optant) für größere Brennerei in der Neumark. Erfahrungen in Kartoffel-Trocknung Bedingung. Gesl. Off. unt. H. 2545 an die Geschäftsst. d. Blattes erb.

**2 Müller-Lehrlinge** sucht Besitzer Emil Schlender, pocz. Niemczyn, pow. Wągrowiec.

**Deutsches Hausmädchen** welches einen Haushalt selbstständig führen kann (gute Köchin) per sofort nach Danzig gesucht durch

Fr. Szymańska, ul. Kiliński 11 I.

**Junger Ingenieur,** mit Kenntnissen im allgemeinen Maschinenbau, sucht gejüngt auf la Prüfung-Begnisse.

**Stellung.** Schmidt, Sliwno b. Buk.

Angebote unter 2020 an die Geschäftsst. d. Blattes erb.